



Die Propagandistin

Zeitung der 16. Abteilung "Grünes Dreieck"

SPD

Das Bisschen Haushalt ...

Drahtseilakt zwischen Realpolitik
und sozialpolitischem
Sellout

Action im Kiez:

- Straßenfest
- Anti-Nazi-Kundgebung
- Runder Tisch Leopoldplatz
- Schwusos
- Afrika-Fest
- Stolperstein
- Dröscher-Preis für unsere
Propagandistin und vieles mehr...





Simit Evi

Im Herzen Weddings Cafe & Frühstückshaus



Unser schöner Sommergarten bietet Sitzplätze bis zu 100 Personen. Unser freundliches Team erwartet Sie.



Cafe & Simit House
Müllerstraße 147 13353 Berlin U-Bhf. Leopoldplatz
Fon: +49 (30). 7554 9954

Montag – Freitag von 06.00 – 22.00 Uhr
Samstag – Sonntag von 07.00 – 22.00 Uhr

Inhalt

In dieser Ausgabe zu lesen:

Forum

**Haushaltslage in Mitte,
Lexikon Haushaltsrecht
„Die Lage ist hoffnungslos,
aber nicht ernst“
Quotendiskussion,
Hochschulpolitik,
Konjunkturpaket II** **5**

Aus dem Kiez

**Anti-Nazi-Demo,
Afrikafest,
Runder Tisch Leopoldplatz,
Stadtteilvertretung
Müllerstraße,** **14**

Aus den Vereinen

Aktiv im Kiez **20**

Politisches Lied

Trotz alledem **23**

Aus unserer Abteilung

**Eindrücke vom Kiez- und
Stadtteilfest 2009** **24**

Feuilton

**Schwusos in Berlin Mitte,
Englands Labour und
Italiens Demokraten
versuchen die
Resozialdemokratisierung
Stolperstein Otto Frank** **26**

Schwerpunkt im Sonderheft

Quo vadis SPD?

Spaghettiesen!

**Am Freitag, den 27.11. ab 18.00
Uhr im Nachtschwärmer bei Ernst
(Sprengelstraße 15)**

**Wie immer lebt auch dieses Jahr
das Spaghettiesen unserer
Abteilung von der kulinarischen
Kreativität unserer Mitglieder.**

**Bitte bringt Saucen, Salate und
Desserts mit! Die Spaghetti werden
vor Ort sein, Getränke werden zum
Kartenpreis von Ernst
ausgegeben.**

**Bitte sagt Andreas Bescheid, was
ihr an schmackhaften Raffinessen
mitbringen werdet:**

Andwieder@web.de



Liebe Genossen und GenossInnen,

ihr haltet die Ausgabe der Propagandistin in euren Händen. Sie ist nicht so konzipiert wie die vorigen Ausgaben. Dieses Mal ist das Leitthema so umfangreich, dass wir eine Doppelausgabe erstellen mussten.

So sollte euch zusammen mit diesem Heft der Propagandistin ein Zweites zugegangen sein, welches sich ausschließlich mit der Krise der SPD auseinandersetzt. Die Lektüre dieses Heftes lohnt sich sehr, da die AutorInnen wohl die gan-

ze Brandbreite des innerparteilichen Diskussionsstandes innerhalb zur SPD-Krise abdeckt.

Nicht weniger spannend ist dieses reguläre Heft der Propagandistin. Es gibt wie immer viel aus der Abteilung und aus dem Kreis zu berichten. Im Sommer haben wir unser Straßenfest wieder erfolgreich durchgeführt. Hanno Winter berichtet von der Organisation und dem Fest selbst.

Außerdem fand eine Kundgebung gegen Rechtsextremismus am 17.10. vor dem Rathaus Wedding statt. Diese Kundgebung wurde von dem neuen Bündnis Mitte gegen Rechtsextremismus organisiert, welches in seiner Anfangszeit nicht unwesentlich von GenossInnen aus unserer Abteilung mitgetragen wurde und wird. Christopher Vetter berichtet von der Gründungsphase des Bündnisses und von der Kundgebung.

Die SPD Mitte bewegt zur Zeit vor allem die Haushaltsberatungen und harten Kürzungen, die dem Bezirk aufgezwungen werden. Unsere BVV-Verordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martina Matischok-Yesilcimen berichtet von den schwierigen Verhandlungen.

Außerdem bleibt noch hervorzuheben, dass wir uns mit der Propagandistin für den Wilhelm-Dröscher-Preis beworben haben. Wir werden sie auf dem Dresdener Parteitag vom 13. bis zum 15. November präsentieren. Näheres dazu erfahrt ihr im Bericht zum Dröscher-Preis von Sebastian Trommsdorff.

Viel Spaß mit der Lektüre dieses Heftes.

Für die Redaktion der Propagandistin,

Andreas Wiederman^

Gemeinsam gegen Rechts — Rassismus und Antisemitismus bekämpfen!

Der Wedding ist Multi Kulti, war einmal rot und wird vielleicht einmal Szenebezirk.

Leider gibt es aber auch andere Seiten:

Immer öfter können wir auf der Straße Menschen beobachten, die sich nach ihrer äußeren Erscheinung dem rechtsradikalen Spektrum zuordnen lassen. Aufkleber der NPD und geschmierte rechte Parolen sind immer häufiger auf der Straße zu sehen. Überhaupt haben die Nazis und rechte Parteien in Gegenden wie dem Wedding seltsamerweise einen überraschend hohen Zulauf.

Dagegen wollen und müssen wir etwas tun.

Entscheidend ist nach unserer Überzeugung, den Kampf gegen rechtsextremes Gedankengut, sowohl an den Rändern wie auch in der Mitte unserer Gesellschaft, und den Rechtsextremismus nicht immer nur von Fall zu Fall zu führen, sondern mit langem Atem und durch nachhaltige Auseinandersetzung mit seinen Ursachen.

Deshalb werdet Teil des Bündnisses und unterstützt uns!

www.bmgr.de oder direkt an die Email: mitmachen@bmgr.de

BÜNDNIS MITTE GEGEN RECHTS

Wedding

Diskussionsforum*Unsere Plattform für (partei)politische Diskussionen*

Die Haushaltslage im Bezirk Mitte

Von Martina Matischok-Yesilcimen

Die politischen Meinungsbildungsprozesse über die Beratungen in den Fachausschüssen waren wie in den vergangenen Jahren von Zeitnot und einer desaströsen Ausgangslage geprägt. Auch ist ein politisches Handeln bzw. Steuern bei der vorhandenen Schuldenlage nicht möglich.

Die Haushaltslage des Bezirkes Mitte von Berlin ist mehr als nur prekär. Mitte ist der Bezirk mit dem dritthöchsten Schuldenstand. Der Bezirk läuft Gefahr, nicht nur seine haushaltspolitische Handlungsfähigkeit zu verlieren, sondern ist auch von tiefgreifenden Einschnitten in der sozialen Infrastruktur bedroht.

Mit der ersten Globalsummenzuweisung für die Jahre 2010 und 2011 standen Bezirksamt und BVV vor der Aufgabe, ein Minus von rund 42,3 Mio. Euro in 2010 und ein Minus von rund 38,8 Mio. Euro in 2011 auflösen zu müssen.

Die Bezirke haben im Rat der Bürgermeister durch den Beschluss des Papiers „Moderne Finanzbeziehungen in Berlin“ erreicht, dass der politische Diskussionsprozess zum Bezirksplafond und zu den Globalsummen bereits zu Beginn der parlamentarischen Beratungen einsetzte und nicht erst während der so genannten Nachschau der Bezirke zum Ende der Berliner Haushaltsberatungen. Dadurch war es möglich, dass wir zusätzliche Bezirkszuweisungen von rund 5,8 Mio. Euro erreichen konnten.

Mit der Fortschreibung der bezirklichen Globalsummen verringerte sich das strukturelle

Minus auf rund 21 Mio. Euro in Mitte, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Bezirk dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin ein Konsolidierungskonzept vorlegt, wodurch im Gegenzug der negative Jahresvortrag von 2008 in Höhe von 10,8 Mio. Euro nicht in 2010, sondern erst in späteren Jahren aufgelöst werden muss. Auf Grundlage dieses ausgehandelten Tilgungsmoratoriums hat das Bezirksamt mit Kenntnisnahme der BVV ein Konsolidierungskonzept beschlossen, das bindende Wirkung hat.

Es muss aber gleichwohl gelingen dem Abwärtstrend nachhaltig entgegenzusteuern. Zu diesem Zweck wurden bereits im Vorfeld haushaltspolitische Leitlinien gemeinsam von BVV und Bezirksamt erarbeitet und beschlossen. Ziele sind die Sicherung der kommunalpolitischen Handlungsfähigkeit und ein ausgeglichener Haushalt zur Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstbestimmung. In den haushaltspolitischen Leitlinien heißt es: „Die BVV strebt einen Konsolidierungsprozess an, der fachpolitisch erforderliche Standards kommunaler Dienstleistungen einerseits und die bezirkliche Handlungsfähigkeit andererseits langfristig sichern hilft. Die BVV ersucht das Bezirksamt, alle notwendigen Schritte einzuleiten und Maßnahmen vorzubereiten und umzusetzen.“

Wenn es uns nicht umgehend gelingt, nachhaltige Schritte zur Konsolidierung einzuleiten, sind ausgeglichene Haushaltspläne nur noch durch Kürzungen zu Lasten unserer sozialen Infrastruktur möglich. Paradoxerweise müssen aber genau dort auch Kürzungen vorgenommen werden, um eben den Konsolidierungsprozess einleiten zu können. In erster Linie werden wir aber versuchen

Einsparungen dort vorzunehmen, wo es nicht zur Verschärfung der sozialen Not kommt.

Die BVV hat daher Arbeitsaufträge an das Bezirksamt erteilt, um Einsparungen ab dem Haushaltsjahr 2010 einleiten zu können, die weitere Einschnitte zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger dieses Bezirkes verhindern. Die Senkung der Produktkosten, die Grundlage für die Zuweisung an die Bezirke sind, sind auf den Prüfstand zu stellen. In erster Linie sind interne strukturelle Arbeitsabläufe und Zusammenlegungen bzw. Mehrfachnutzungen der Liegenschaften im Bezirk zu prüfen. Standortschließungen bzw. Aufgabe dieser und Übertragung an den Liegenschaftsfond werden nicht ausbleiben können. Zusätzlich müssen Maßnahmen ergriffen werden, die zur Einnahmeerhöhung führen. Auch hier wurde das Bezirksamt seitens der BVV aufgefordert entsprechende Szenarien zu entwickeln.

Es ist jetzt Aufgabe der BVV die Ergebnisse in einer Nutzen- und Wirkungsanalyse auf den Prüfstand zu stellen und die entsprechenden Maßnahmen daraus abzuleiten. Der Beschluss des Doppelhaushalts 2010/2011 erfolgt am 12. November 2010 durch die BVV in öffentlicher Sitzung.

Lexikon: Haushaltsrecht

Von Martina Matischok-Yesilcimen

BVV:

Bezirksverordnetenversammlung; das „Parlament“ des Bezirkes. Sie beschließt über den Haushaltsplan, der vom Berliner Abgeordnetenhaus per Gesetz bestätigt werden muss.

Globalsummenzuweisung:

Die Zuweisung eines Gesamtbetrages durch den Senat, der nach den Regeln des

Haushaltsrechtes vom Bezirk auf die jeweiligen Zweckbestimmungen aufgeteilt wird.

Zuweisungen:

Ein Bezirk erhält rund 80 Prozent seiner Mittel durch eine Zuteilung des Landes Berlin. Nicht jeder Bezirk bekommt dabei aus dem Landeshaushalt den gleichen Betrag. Die Verteilung geschieht nach bestimmten Kriterien. Beispiel: Die Zuweisung für Sozialleistungen wird nach der Anzahl der Sozialleistungsempfänger im Bezirk berechnet.

Die Budgetzuweisung erfolgt in Berlin aufgrund von Planmengen und Durchschnittskosten.

Durch solche Berechnungen kommt letztlich die Gesamtsumme der Zuweisungen durch das Land zustande.

Eckwertebeschluss:

Arbeitsinstrument des Bezirksamtes, mit dem die Gelder, die dem Bezirk zugewiesen werden, auf die verschiedenen Ämter verteilt werden. Auf dieser Grundlage wird der Haushaltsplanentwurf erarbeitet.

Bezirksplafond:

Der Bezirksplafond beinhaltet das Finanzvolumen, das insgesamt für die Zuweisung der Globalsummen im Haushalt zur Verfügung gestellt werden kann. Die Bildung des Plafonds ist damit die zentrale finanzpolitische Entscheidung im Rahmen des Budgetierungsprozesses.

Kosten- und Leistungsrechnung:

Eine betriebswirtschaftliche Methode der Kostenerfassung. Die Kosten und Leistungsrechnung gibt Auskunft über die Kosten der Dienstleistungen (Kostenträgerrechnung), die Orte der Kostenentstehung (Kostenstellenrechnung) und sie gibt Antwort auf die Frage, welche Arten von Kosten in welcher Höhe im Einzelnen entstanden sind (Kostenartenrechnung). Sie ist

für Planungszwecke von hoher Bedeutung.

Kostenträger:

Kostenträger sind die Produkte (Dienstleistungen) der Verwaltung, also das, wofür Kosten entstanden sind.

Produkt:

Als Produkt bezeichnet man ein Ergebnis der Arbeit der Verwaltung. Jedes Produkt stellt ein mehr oder weniger großes Bündel von Einzelleistungen dar. Ein Produkt ist zum Beispiel die Entleihung eines Buches, die Betreuungsstunde eines Kindes in einer Kindertagesstätte oder die Pflege der Grünflächen. Sämtliche Dienstleistungen der Berliner Bezirke sind einheitlich in Produktblättern beschrieben. Insgesamt sind etwa 10.000 Einzelleistungen zu zirka 350 externen Produkten, das sind Leistungen, die den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zu Gute kommen, zusammengefasst.

Tilgung:

Es ist die Rückführung einer Geld- bzw. Kapitalschuld.

Moratorium:

Es handelt sich dabei um den vertraglich vereinbarten oder gesetzlich angeordneten Aufschub.

Konsolidierung:

Es handelt sich um die Verringerung oder Stabilisierung der öffentlichen Schulden. Haushaltskonsolidierung bedeutet demnach Schuldentilgung.



Jutta Leder vertritt seit 2001 den Wahlkreis 4 (südlicher Wedding, nördliches Moabit) im Abgeordnetenhaus. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion sowie Mitglied in dem für den Haushalt zuständigen Hauptausschuss. Die gelernte Fremdsprachenkorrespondentin arbeitet in der metallverarbeitenden Industrie. Von 1992 bis 2000 war sie Mitglied der BVV Tiergarten.

"Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst"

Kaum Spielräume bei der Aufstellung des Berliner Haushalts 2010 / 2011

von Jutta Leder

Berliner Landespolitiker, die mit Haushaltsfragen befasst sind, sind zur Zeit gefragte Gesprächspartner. Mit der Aufstellung des Landeshaushalts 2010 / 2011 werden die entscheidenden Weichenstellungen und Prioritätensetzungen für die kommenden zwei Jahre vorgenommen. Entsprechend groß ist das Gedränge verschiedener Interessen um eine möglichst gute Platzierung im Haushaltsplan. Gerangelt wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln von der vollmundigen öffentlichen Forderung über die mit Vorbedacht entflammten Nebelkerzen bis hin zur persönlich vorgebrachten Ankündigung von Konsequenzen. Das Repertoire auf

Eure Kritik oder Beiträge könnt ihr loswerden unter:

propagandistin@gruenes-dreieck.de

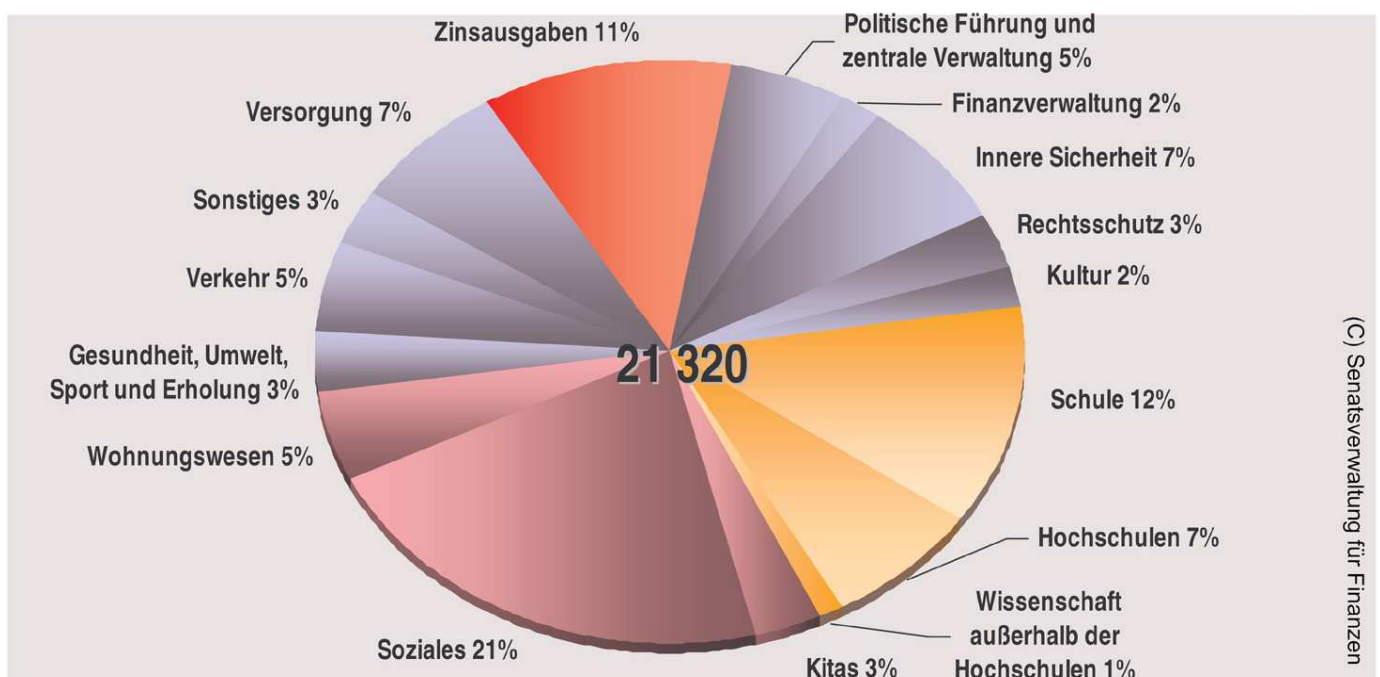
diesem Bazar ist vielfältig, kommt zumeist aber nur hinter dem Paravent zur vollen Entfaltung. Haushaltspolitiker sind gut beraten, das große Ganze nicht aus den Augen zu verlieren, für Ausgleich und Gesprächsbereitschaft zu sorgen, immer Lösungsmöglichkeiten und Kompromisse im Ärmel zu haben und bisweilen auch harte Schnitte nicht zu scheuen - all dies entzieht sich aus gutem Grund bis zur Präsentation des Ergebnisses zumeist den Blicken des Publikums. Nicht umsonst gelten Haushaltspolitiker als wenig sagende Menschen - im wahrsten Sinne des Wortes.

Es bedarf auch nicht vieler Worte, um die grundsätzliche Kassenlage der Jahre 2010 und 2011 zu beschreiben: Rosig sieht anders aus. War es im Jahr 2008 dank des rigorosen Sparkurses der vorangegangenen Jahre zumindest gelungen, die Neuverschuldung des Landes zu stoppen, wird das Jahr 2009 mit einem Fehlbetrag von voraussichtlich ca. 1,6 Mrd. Euro beendet werden - den Ausgaben von ca. 21,3 Mrd. Euro stehen Einnahmen von lediglich ca. 19,7 Mrd.

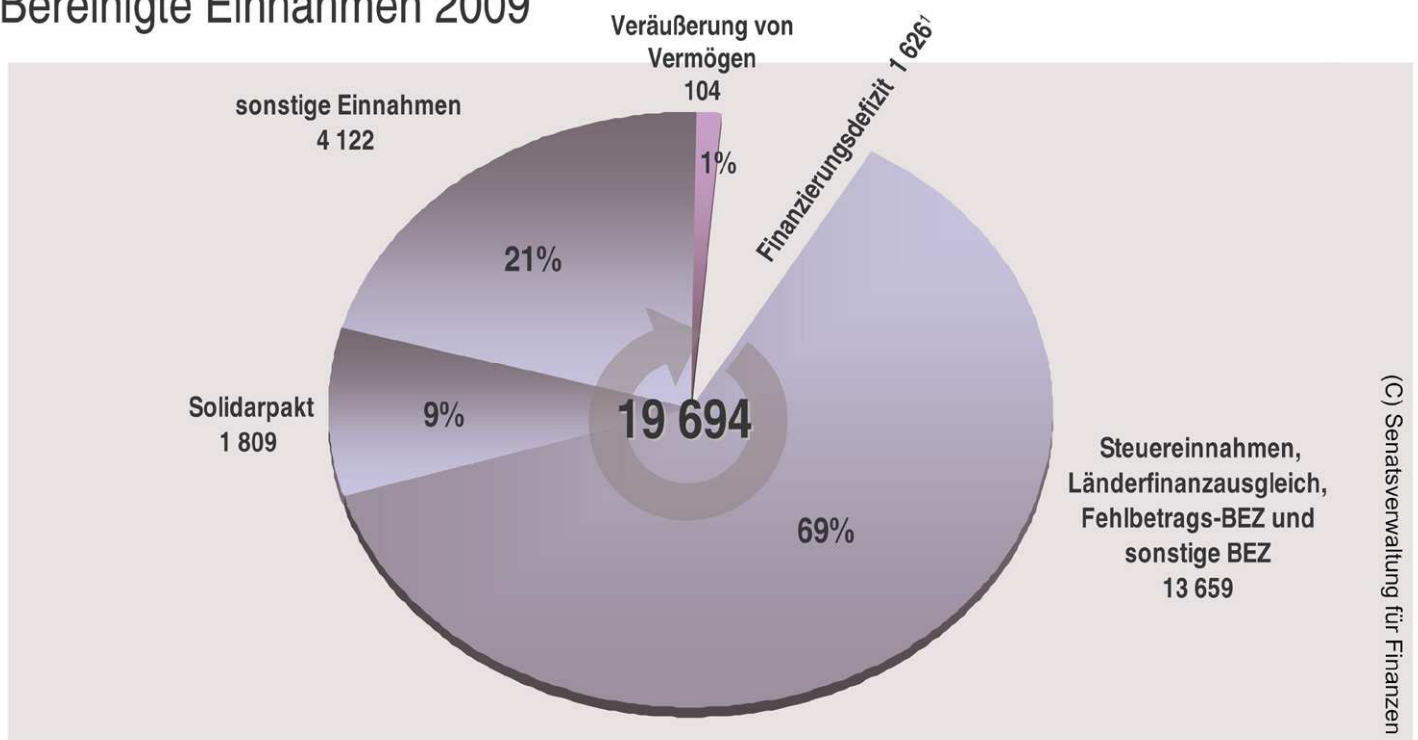
Euro gegenüber. Das heißt: Neuverschuldung. Ursächlich hierfür ist nicht etwa eine besondere großzügige Ausgabenpolitik, sondern Steuerzufälle in Folge der Wirtschaftskrise und in Folge von Änderungen an der Steuergesetzgebung, z.B. durch die Pendlerpauschale, die Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer, die Absetzbarkeit von Vorsorgeaufwendungen. Hinzu kommen konjunkturbedingte Mehrausgaben wie z.B. für die Konjunkturpakete, für Transferkosten im Zuge einer steigenden Arbeitslosigkeit, für die Kosten der Unterkunft oder für Zuschüsse zu Beschäftigungsmaßnahmen.

Auf die allermeisten Faktoren bei der Haushaltsaufstellung hat das Land Berlin keinen direkten Einfluss. Weder bei der Steuergesetzgebung noch bei den gesetzlich geregelten Einnahmen und Ausgaben besteht ein autonomer Handlungsspielraum. Wenn z.B. die Arbeitslosigkeit steigt, steigen damit automatisch die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld II.

Ausgaben nach Politikbereichen 2009



Bereinigte Einnahmen 2009



Da gibt es auf Länderebene nichts zu diskutieren. Über die Grenzen der Bundesländer hinweg besteht Einigkeit darin, dass die Folgen der Wirtschaftskrise weder in 2010 noch in 2011 überwunden sein werden und die Wirtschafts- und Finanzpolitik durch konjunkturbelebende Maßnahmen gegensteuern muss. Für die kommenden beiden Jahre wird der Berliner Haushalt abermals ein Defizit von jeweils ca. 2,8 Mrd. Euro aufweisen. Damit wird die Verschuldung Berlins mit dem Jahr 2012 auf ca. 70 Mrd. Euro angewachsen sein. Und damit der Anteil der Zinszahlungen am Haushalt - von Tilgung mal ganz zu schweigen. Bereits jetzt sind die Zinsen mit 11 % am Gesamtetat einer der großen Posten im Haushalt und bewegen sich in einer ähnlichen Größenordnung wie die Kosten für den Betrieb aller unserer Schulen. Dieser Anteil wird im Zuge der Neuverschuldung steigen. Zudem birgt der hohe Verschuldungsgrad ein zusätzliches Risiko für den Gesamthaushalt, das sich aus einer möglicherweise für das Land Berlin ungünstigen Entwicklung der Zinssätze am Kapitalmarkt ergeben kann. Steigen die Zinssätze, wirkt sich dies auf die Haushalte hochverschul-

deter Länder wie Berlin überdurchschnittlich aus.

Dass eine immer weiter voranschreitende Verschuldung der öffentlichen Haushalte keine Lösung sein kann, ist eine seit undenklich vielen Jahren akzeptierte, leicht nachvollziehbare Erkenntnis und fehlt in kaum einer finanzpolitischen Meinungsäußerung. Als ein Ergebnis der Förderalismusreform (also der Neuregelung des Verhältnisses von Bund und Ländern zueinander) wurde nun also die sog. "Schuldenbremse" ins Grundgesetz aufgenommen. Dort heisst es in Artikel 109: "Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen." Ausnahmen gelten für Notsituationen und in engen Grenzen für konjunkturbedingte Maßnahmen. Für die Länder gilt de facto eine Nullneverschuldung, die sie nach einer Übergangsphase ab 2020 erreicht haben müssen. Und dies nicht als vage Absichtsbekundung, sondern vom Grundgesetz vorgeschrieben

Damit sind die Hausaufgaben verteilt: Der Bund steht in einer wesentlich höheren Verantwort-

tung. Er hat die Steuerpolitik in der Hand und kann sich in einem gewissen Maß weiter verschulden, während diese Möglichkeit den Ländern nicht mehr gegeben ist. Er trägt mithin die Hauptverantwortung, dass die Länder die Vorgaben der Schuldenbremse auf der Einnahmeseite erreichen können. Es bedarf keines Mathematikstudiums, um nachvollziehen zu können, dass es mit Blick auf die gegenwärtig bereits unterfinanzierten Haushalte keine Spielräume für Steuersenkungen gibt. Von derlei Erkenntnissen unbeeindruckt, gibt die schwarzgelbe Koalition im Reichstag jedoch erstmal richtig Gas bei den Steuergeschenken für diejenigen, die von Steuergeschenken überhaupt etwas haben. Die FDP hatte viel versprochen - und nun auch erhalten. Ich kann mich täuschen, aber der ohnehin nicht zu Frohsinn neigende neue Finanzminister Schäuble sieht seit seiner Nominierung eher noch nachdenklicher und grüblerischer aus. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn dies einem gewissen Grad an Weitsicht geschuldet wäre. Vielleicht ahnt der Mann was. Der flotte Guido ist da sicherlich etwas schnelllebiger.

Natürlich: Letztlich kommt der Steuerzahler für die Zeche auf. Wer sonst? Aber kann der sich konkret vorstellen, was sich hinter den enorm hohen Summen verbirgt, wo sich doch schon in Talkshows manche Experten mit Millionen und Milliarden vertun? Machen wir es halbwegs greifbar: Bei voller Wirksamkeit der schwarzgelben Koalitions-Beschlüsse fehlen allein Berlin pro Jahr über 700 Mio. Euro. Dies entspricht z.B. 100.000 Kita-Plätzen. Oder 50.000 Studienplätzen. Oder 250 Schulen. Nicht ohne Grund bezeichnet Finanzsenator Nußbaum die Pläne als unverantwortlich. Und weiss dabei viele seiner Kollegen aus unionsgeführten Bundesländern an seiner Seite.

In den Bundesländern wird es auch ohne die schwarzgelben "Wohltaten" abermals und weiterhin heißen, den Gürtel enger zu schnallen. Die mittelfristige Finanzplanung für Berlin geht

ab 2012 von einem Anstieg des Haushalts um jährlich lediglich 0,3 % aus, um die Bedingungen der Schuldenbremse zu erfüllen. Unter dem Strich läuft es inflationsbereinigt und unter Berücksichtigung der dann höheren Zinsbelastung darauf hinaus, dass die zur Verfügung stehenden Mittel eher weniger werden. In den dann anstehenden Haushaltsberatungen ist also damit zu rechnen, dass die Verhandlungspartner beim Engerschnallen des Gürtels noch vehementer zum Hosenbund des Gegenübers greifen.

Der gegenwärtig anstehende Haushalt 2010/2011 ist zwar alles andere als entspannt, insgesamt aber doch auskömmlich aufgestellt. Neben den voraussichtlich unabdingbar höheren Transferausgaben sind einige Bereiche berücksichtigt, die finanziell besser ausgestattet werden. Ein aktuelles Beispiel, bei dem kräftig aufgesattelt wird, sind die Kitas. Der Betreuungsschlüssel wird verbessert, ca. 1.500 neue Stellen für ErzieherInnen geschaffen. Nach einem Stufenplan werden ab 2013 die letzten 3 Kita-Jahre gebührenfrei. Gebührenfrei heisst dabei nicht umsonst - das Land trägt die Kosten und nimmt bis einschließlich 2013 hierfür zusätzlich ca. 220 Mio. Euro in die Hand. So sinnvoll dies auch ist, kann nicht unerwähnt bleiben, dass das Geld mit dem Rotstift in anderen Bereichen und möglicherweise auch über Neuverschuldung beschafft wird.

Eine wesentliche Hilfe für den Berliner Haushalt stellen die Mittel aus dem Konjunkturprogramm II dar, die mit 632 Mio. Euro in 2009 und 2010 den Investitionsbedarf vorrangig im Bereich der baulichen Erhaltung und Sanierung nennenswert entlasten. Auch hier sind es in erster Linie die Bildungseinrichtungen, die von dem Programm profitieren. Wer die baulichen Zustände in Teilen unserer Schulen kennt, weiss wie dringend nötig diese Modernisierungen sind. Als Haushaltspolitikerin hoffe ich, dass diese nachhaltig (meint: für lange haltbar) vorgenommen werden. Denn auf absehbare Zeit

war es das dann erstmal mit umfassenden baulichen Sanierungen.

Wer gute Unterhaltung und fröhlichen Optimismus sucht, ist bei den Berliner Haushaltsberatungen seit Jahren bereits im falschen Theater. Leider. Kassenwarte werden auch selten aufgrund ihrer guten Entertainment-Qualitäten beschäftigt. Gut so. Wer sich allerdings klar macht, welche ganz konkret greifbaren Konsequenzen sich aus der schwarz-gelben Steuerpolitik für die kommunalen Möglichkeiten vor Ort ergeben, der kommt um eine Portion Humor nicht herum. "Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst", wusste schon Horst Buchholz im Filmklassiker "Eins, Zwei, Drei" die Weltlage zu beschreiben. So ähnlich sieht es mit den kommunalen Haushalten auch aus. Immerhin: Wer sich auf den Berliner Schlaglochpisten durchschütteln lässt, weiss, er tut es für seine Kinder.

Unsere Partei braucht mehr Grundsatzdiskussionen!

Daher hat sich ein noch recht kleiner Kreis von GenossInnen zusammengefunden, um alte und neue Texte aus der Geschichte der Sozialdemokratie und des Sozialismus zu lesen und zu diskutieren. Gemeinsam wollen wir lernen woher wir kommen und diskutieren wohin wir gehen. Mit dem Kommunistischen Manifest haben wir angefangen, wie wir weiter machen wollen wir im November zusammen entscheiden.



Wenn du mitlernen und mitdiskutieren willst, kannst du dich bei Andreas melden: Andwieder@web.de

Und ewig währt die Quotendiskussion...

Ariane Giesler, Juso-Kreisvorsitzende Mitte

Die SPD schreibt sich Gleichstellungspolitik ganz oben auf die Fahnen. Nicht zuletzt deswegen wählen junge Frauen überwiegend SPD. Und das zu Recht: Die Sozialdemokratie hat viel erreicht in Hinblick auf die gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter.

Eine kompetente Frau, könnte mensch meinen, kann sich inzwischen genauso gut durchsetzen wie ein kompetenter Mann. Insbesondere wenn die junge Generation betrachtet wird, sind wir doch guten Mutes: Mädchen sind statistisch gesehen Bildungsgewinnerinnen und teilweise wirkt es, als hätten Mädchen und Frauen inzwischen erfolgreicher Rollenzuschreibungen abgelegt als Jungen und Männer. Mittlerweile erscheint es vielen jungen Frauen möglich, genauso an Gesellschaft und Macht partizipieren zu können wie ihre männlichen Altersgenossen. Brauchen die toughen „Alphamädchen“ wirklich noch Instrumente wie die Quote, um ihre Ansprüche geltend zu machen?

An die sogenannte „Gläserne Decke“, also dort wo Ungleichbehandlungen deutlich spürbar werden, stößt mensch immer später im Lebenslauf. War die Ungleichbehandlung früher schon bei der Schulbildung spürbar, tritt sie inzwischen häufig erst dann auf, wenn es um Beförderungen und Spitzenpositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder um die Realisierung nicht geschlechtsstereotyper Lebensentwürfe geht. Die noch immer in unserer Gesellschaft bestehenden Ungleichheiten sind eindeutig auf die strukturellen Rahmenbedingung, und nicht auf das Verhalten einzelner Männer oder Frauen, zurückzuführen. Und diese Ungleichheiten können durch die Anwendung struktureller Mechanismen bekämpft werden. Um eine echte Gleichstellung zu gewährleisten, müssen diese

verbindlich und sanktionsfähig sein. Der Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe darf nicht individualisiert werden, sondern wir müssen solidarisch gemeinsam dafür sorgen, dass das Geschlecht egalitär wird und eine Jede bzw. ein Jeder gleichgestellt diese Gesellschaft gestalten kann.

Eines der dafür zur Verfügung stehenden und gleichzeitig umstrittensten Instrumente ist die Quote. Kaum eine Parteiwahl vor der nicht ein Satz fällt wie *„Gleichstellungspolitik und Frauenförderung finde ich richtig und wichtig, ABER die Quote...“*. Was folgt ist eine lange Argumentation gegen die Quote, meistens mit den immer gleichen Argumenten.

In allen großen Parteien – bis auf CSU und FDP – existieren inzwischen Quotenregelungen, die sich jedoch in ihrem Umfang und vor allem in ihrer Verbindlichkeit stark unterscheiden. Ohne die viel gescholtene Quote verändert sich nicht viel: Seit der Aufhebung des Reichsvereinsgesetz 1908 dürfen sich Frauen offiziell in politischen Parteien engagieren, seit 1918 besitzen sie das passive und aktive Wahlrecht, 1919 konnten sie es das erste Mal nutzen – bei der Betrachtung ihrer Repräsentanz in den deutschen Parlamenten wurde dies jedoch kaum deutlich. Der Anteil der Frauen im Deutschen Bundestag blieb bis 1987 einstellig. Dann stieg der Anteil der Parlamentarierinnen sprunghaft an – auf heute noch nicht zufriedenstellende 32%. Gab es wirklich erst 1987 qualifizierte Frauen, die in die Politik wollten?

Diese Steigerung ist sicherlich nicht nur der Quote zu verdanken, aber wäre ohne sie nicht möglich gewesen! Die Quote kann nur ein Instrument – und das nicht nur in der Politik - neben vielen sein, um Frauen zu fördern. Ziel muss es sein, dass sie sich irgendwann einmal selbst überflüssig macht, nämlich dann, wenn Teilhabe an Macht nicht mehr geschlechtsabhängig ist! Doch dieses Ziel erreichen wir nur mit dem Weg über die Quote.

Primäres Ziel der Quote ist es nicht, Frauen anzuwerben und zu qualifizieren. Sie legt jedoch Schwachstellen offen und fordert zum Umdenken auf. Nur mit einer verbindlichen Quote, die Missstände in diesem Bereich immer wieder offen legt, stellt sich der Zwang ein, an den Strukturen zu arbeiten, die die Partizipation verhindern bzw. einschränken. Das Argument „aber wir haben doch keine Frauen“ kann daher nicht gegen die Quote sprechen, sondern unterstreicht nur einmal mehr ihre Notwendigkeit.

Gerade unter jungen Frauen wird die Quote wieder umstrittener, weil frau nicht als Quotenfrau gewählt werden möchte. Doch was nützt es, wenn frau ihren Gestaltungsanspruch aufgibt, weil sie keine „Quotenfrau“ sein möchte? „Quotenfrauen“ tragen dazu bei, dass Macht und Gestaltungsspielräume gleichberechtigt verteilt werden. Darüber hinaus kann sich erst in der aktiven Arbeit zeigen, dass frau kompetent ist und die Position zu Recht inne hat. Die Quote sorgt dafür, dass geschaut wird, welche Frau die Kompetenzen bzw. das Potenzial hat diese Position auszufüllen. Ein Blick der sonst viel zu oft nicht riskiert wird. Frauen sind politisch ebenso kompetent wie Männer. Nicht weil sie – sozialisationsbedingt - andere Eigenschaften hätten als Männer müssen sie auch in Führungspositionen, sondern weil es nicht sein kann, dass ein Großteil der Gesellschaft diese nicht maßgeblich mitgestalten kann.

Die Quote ist sicher nicht unser Wunschinstrument, im Einzelfall kann sie sicher auch manchmal schmerzhaft sein und sicher würde nicht nur ich mich freuen, würden wir die Quote nicht mehr brauchen. Doch wer die „menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“ - der Weg dorthin führt über die Quote!

Hochschulen im Wettbewerb

von Julian Zado

An deutschen Hochschulen hat sich in den letzten Jahren viel geändert. Schwarz-Gelb hat nun einen Koalitionsvertrag beschlossen, in dem Bildung mehr und mehr zu einer elitären Einrichtung wird.

Liest man den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.10.2009¹, denkt man zunächst, die für Hochschulpolitik verantwortlichen Politikerinnen und Politiker in den Bundesländern hätten die Fehler der letzten Jahre erkannt, würden Besserung geloben und umfangreiche Verbesserungen hielten an deutschen Hochschulen Einzug. Ein Gefühl der Erleichterung könnte dann entstehen angesichts der Entwicklungen, die das Hochschulstudium in den vergangenen Jahren genommen hat.

Studiengänge wurden eingestellt, Fakultäten zusammengefasst und verkleinert, eine Exzellenzinitiative wurde ausgerufen und geht bereits in die nächste Runde, Studiengebühren wurden eingeführt und mancherorts wieder abgeschafft, das BAföG wurde zunächst von Annette Schavan (CDU) als "Auslaufmodell" bezeichnet, um dann von der SPD doch gerettet und erhöht zu werden. Dazu wurde eines der größten Reformprojekte an deutschen Hochschulen überhaupt initiiert und umgesetzt: die Vereinheitlichung des europäischen Hochschulrahmens bis zum Jahr 2010 durch den sog. "Bologna-Prozess".

Bologna-Prozess dient der Tarnung neoliberaler Hochschulreformen

Gerade an diesem Bologna-Prozess

entzündet sich zuweilen die Kritik. Gelobt werden seine Ziele: die Vereinheitlichung der Studienabschlüsse in Europa, die Erhöhung der Flexibilität des Studiums, die Schaffung eines europäischen Hochschulraums durch Förderung der Mobilität, um nur einige wenige zu nennen. Kritisiert wird dann aber die Umsetzung:

Das Studium wird verschult, Anwesenheitslisten werden eingeführt, die Arbeitsbelastung ("workload") ist kaum noch zu schaffen und führt bei vielen Studierenden zu psychischen Problemen und das Studium wird verkürzt, indem nur noch wenige Studierende zu den Master-Studiengängen zugelassen werden. Gerade hieran aber zeigt sich, dass Kritik an der *Umsetzung des Bologna-Prozesses* oft unscharf ist. Genau genommen hat vieles, was an den Hochschulen passiert ist und für das der Bologna-Prozess von den Verantwortlichen haftbar gemacht wurde, nichts mit dem Bologna-Prozess zu tun.

Dieser gibt nicht vor, dass der Bachelor drei Jahre dauert und diese drei Jahre völlig überfrachtet werden sollen oder dass zum Master-Studiengang nur noch die besten Bachelor-AbsolventInnen zugelassen werden. Diese und andere Ungerechtigkeiten an den Hochschulen haben nichts mit dem Bologna-Prozess zu tun, sondern wurden von deutschen PolitikerInnen in Eigenregie durchgeführt.

Dieser gibt nicht vor, dass der Bachelor drei Jahre dauert und diese drei Jahre völlig überfrachtet werden sollen oder dass zum Master-Studiengang nur noch die besten Bachelor-AbsolventInnen zugelassen werden. Diese und andere Ungerechtigkeiten an den Hochschulen haben nichts mit dem Bologna-Prozess zu tun, sondern wurden von deutschen PolitikerInnen in Eigenregie durchgeführt.

¹ Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses, Beschluss der 327. Kultusministerkonferenz am 15.10.2009, abrufbar unter www.kmk.org

VoicEnergy & more

So bekommst Du Deine Stimme!

VoicEnergy & more ist ein individuelles Atem-, Stimm- und Gesangscoaching für Menschen, die gezielter mit ihrer Stimme und Körperhaltung umgehen möchten.

Eine kraftvolle, warme Stimme mit einer selbstsicheren und entspannten Körperhaltung beeinflusst in hohem Maße den Erfolg in Politik, im Beruf und im Privatleben.

Das Coaching findet in Form von Einzelstunden oder in Gruppen statt; wir bieten außerdem unterschiedliche Workshops an.

Darüber hinaus schulen wir in den Bereichen:

Mikrofonarbeit, Bass, Gitarre, Bandcoaching, Songwriting, Veranstaltungstechnik, Mikrofontechnik.

Auch für Kinder und Jugendliche bieten wir gezielte Programme an.

Auf unserer Homepage "www.voicenergyandmore.de" befinden sich weitere Informationen und Angebote.

Eine kostenlose Probestunde ist selbstverständlich!

Fehler analysieren – Perspektiven eröffnen

Das Thema "Hochschule" wird nun in einem Buch diskutiert: Dabei wird der Versuch unternommen, die zahlreichen "Baustellen" im deutschen Hochschulsystem zu systematisieren. Behandelt werden darin grundsätzliche Entwicklungen, wie der Wandel der Demokratie an den Hochschulen oder Deutschlands Position am sog. "internationalen Bildungsmarkt". Sodann erfolgt eine Behandlung der Elemente des wettbewerblichen Umbaus an den Hochschulen, also die Einführung von Studiengebühren, die Exzellenzinitiative und die Einführung von Auswahlverfahren für Studierende. Im Anschluss werden die Auswirkungen des Wettbewerbs analysiert. Hierbei wird auf strukturelle Auswirkungen wie die Studierbarkeit der neuen Studiengänge, die Durchlässigkeit zwischen Bachelor und Master und die neuen Bedingungen für Promotion und Forschung ebenso eingegangen auf die soziale Lage der Studierenden, die Bedeutung der Reformen für Frauen, Möglichkeiten des Auslandsaufenthalts und Verbesserungsbedarf für behinderte Studierende.

Info-Box:

Hochschulen im Wettbewerb: Innenansichten über die Herausforderungen des deutschen Hochschulsystems; Anja Neundorf, Julian Zado und Joela Zeller (Hrsg.); Dietz Verlag J.H.W. Nachf; ISBN 978-3801203986; 14,80 Euro; 240 Seiten; bestellbar unter www.dietz-verlag.de



Konjunkturpaket II: Berlin gut im Zeitplan

Berlin hat bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II seine Hausaufgaben gemacht, wie ein Blick auf den Stand der Dinge im Oktober 2009 verrät: 90 Prozent der vorgesehenen Maßnahmen sind dem Bund inzwischen als "laufend" gemeldet worden.

So schnell wie das Konjunkturprogramm II ist noch kein Gesetzgebungsverfahren durchgeführt worden. Vom ersten Beschluss des Kabinetts Anfang Januar 2009 bis zur Zustimmung des Bundesrates im Februar 2009 vergingen gerade mal sechs Wochen.

Und Schnelligkeit ist auch Sinn und Zweck dieser Maßnahmen für kommunale Investitionen. 10 Milliarden Euro stellt der Bund den Ländern für die Jahre 2009 und 2010 zur Verfügung. Für das Land Berlin sind es 474,1 Millionen Euro. Voraussetzung ist eine Kofinanzierung durch das Land Berlin, für die ein Nachtragshaushalt erstellt werden musste.

Damit stehen dem Land insgesamt 632 Millionen Euro zur Verfügung.

Vorgaben sind, 65 Prozent in die Bildung und 35 Prozent in die kommunale Infrastruktur (Krankenhäuser, Gebäudesanierung, Lärmschutz u.a.) zu investieren. Dabei dürfen Bau- und Einrichtungsmaßnahmen nicht als Projekt oder Planung bereits im laufenden Etat berücksichtigt sein, sie müssen nachhaltige Wirkung zeigen, also die Energieeffizienz von Gebäuden verbessern und Straßenbauten müssen dem Lärmschutz dienen.

Auch wenn es immer wieder anders dargestellt wird: In Berlin wird das Ziel, die bereitgestellten Mittel fristgerecht auszugeben, eingehalten. Natürlich ist zur Zeit nur ein geringer Anteil bereits geflossen (dies insbesondere in Planungsarbeiten), die Mittel für das Konjunkturprogramm werden

selbstverständlich erst nach Fertigstellung freigegeben. Insoweit ist Panikmache mehr als unangebracht.

Im August (letzte im Detail vorliegende Auswertung) sahen die Meldungen wie folgt aus:

Die 65 Prozent für den Bildungsbereich vorgesehenen Mittel teilen sich wie folgt auf: Im Portfolio Schule sind 182 Maßnahmen mit einem Volumen von 199 Mio Euro geplant, davon sind bereits 122 Maßnahmen im Wert von 143 Mio Euro angemeldet. Im Portfolio Kita sind von geplanten 202 Maßnahmen im Wert von 93 Mio Euro bereits 199 Maßnahmen im Wert von 92 Mio Euro gemeldet. Bei den Hochschulen sind alle 142 geplanten Maßnahmen im Wert von 138 Mio Euro gemeldet.

Die restlichen 35 Prozent verteilen sich auf die Portfolios Bäder (von 12 Maßnahmen sind 7 gemeldet), Charité (alle 11 Maßnahmen im Volumen von 12 Mio Euro sind gemeldet), Krankenhäuser (69 Maßnahmen von insgesamt 84 gemeldet im Wert von 54 Mio Euro, 6 Mio Euro stehen noch zur Verfügung). Für die Gebäudesanierung stehen 106 Mio Euro für 77 Maßnahmen zur Verfügung, davon sind bereits 65 gemeldet. Für den Lärmschutz sind 43 Maßnahmen von insgesamt 78 gemeldet, hier beträgt das offene Volumen 7 Mio. Euro. Für die Anschaffung von Spezialfahrzeugen/IT-Infrastruktur stehen von den geplanten Mitteln noch 9 Mio. Euro zur Verfügung.

Berlin hat dem Bund mit Stand Oktober 2009 von insgesamt 798 Maßnahmen 730 als "laufende Projekte" gemeldet, das sind über 90 % der vorgesehenen Maßnahmen. Damit ist der Zeitplan gut eingehalten. Für die Handwerker und Baufirmen wird sich das Konjunkturprogramm im Winter spürbar auswirken, wenn die großen Summen vom Bundesfinanzministerium abgerufen werden, die Schätzungen liegen bei 4,4 Milliarden Euro

für die gesamte Bundesrepublik.

Sorgen um falsch ausgegebene Mittel muss sich dabei übrigens niemand machen. Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder prüfen die korrekte Verwendung der Mittel sehr genau. Bei falsch eingesetzten Mitteln müssen sie zurückgezahlt werden - mit Zinsen.

Viele Einrichtungen im Wedding und in Moabit profitieren vom Konjunkturpaket.

Ein Großteil der Mittel konzentriert sich auf Kitas und Schulen. Vom Konjunkturpaket profitieren u.a. die Kita der Osterkirchengemeinde sowie die Kitas in der Lynarstraße, der Rathenower Straße und der Emdener Straße. Herausragendes Projekt im Bereich Schule ist eine umfassende Renovierung des Oberstufenzentrums Banken und Versicherungen in der Rathenower Straße.

Jutta Leder

Weihnachtszeit ist Spendenzeit

Wir haben viel geleistet in diesem Jahr, zum Beispiel mit...

- Unserem erfolgreichen Straßenfest
- Unserem engagierten Wahlkampf im Kiez
- Unserer Propagandistin
- Unserem Kampf um Sanierungsgebiete
- Unseren vielfältigen Mitgliederversammlungen

Das hat uns Kraft und Geld gekostet und wir bitten deshalb jeden, der es ermöglichen kann, uns mit einer kleinen Spende zu unterstützen

unsere Kontoverbindung:
bei der Berliner Volksbank
KTO: 57 30 90 70 03
BLZ: 100 90 000
SPD Mitte, Abt. Grünes Dreieck



...weil ich Dich mag

Ernst e.V.
bei-ernst.de

Aus dem Kiez

Hier findet ihr Neues aus dem Brüsseler Kiez und Sprengelkiez

Nazis auf dem Wedding - Wir tun was dagegen!

Von Christopher Vetter

Es war der Tag des Kandidatenduells als wir zum ersten Mal etwas von der unerhörten Begebenheit erfuhren, die unserer lieben Genossin Assibi Wartenberg widerfahren ist. Wir waren im Wahlkampfieber und in Moabit unterwegs. Im Wallhalla trafen wir Joachim Wagner, der uns berichtete, dass Assibi auf den Nazi-Internet-Seiten Voice of Europe und Altermedia mit einem Schmähartikel bedacht worden war, der jegliche Menschenwürde vermissen ließ.

Ich empfahl Joachim, das laut und offensiv in die SPD hinein zu tragen, sowas geht nicht, da muss man dagegen halten und Aufmerksamkeit erzeugen. Kurz darauf, es waren zwei Wochen vor dem 27. September, war ein Solidaritätessen bei Assibi im Glaskasten/Relais de Savanne, an dem die 16. Abteilung in großer Zahl teilnahm. Wir verabredeten, den Nazis im öffentlichen Raum die "Rote Karte" zu zeigen, angedacht waren eine Demonstration, ein Fußball-Turnier und eine Bühne mit Rednern.

Eine Woche und einen Tag später, sonntags nach getaner Wahlkampf-Arbeit, Sebastian und ich ruhten gerade etwas aus und hörten den Karaoke-Darbietungen im Mauerpark zu, bekam ich einen Anruf von Andreas, der mir erzählte, es seien Personen zu Schaden gekommen, am U-Bahnhof Rehberge und nicht nur da, auch am Leo soll es rechtsradikal motivierte

Gewalttätigkeiten gegeben haben.

Ich hielt dies alles erst einmal für Übertreibung und war etwas misstrauisch. Andreas sagte, dass dort gleich eine Demo am Volkspark stattfinde und bat uns, zu kommen. Sebastian meinte auch, dass wir dort unbedingt hin müssten und also machten wir uns auf und waren alle drei eine halbe Stunde später an der Rehberge. Wir sahen dort tatsächlich eine kleine Kundgebung, bei der wir das Bündnis Iran und Code e. V. kennen lernten. Da waren Prof. Dr. Hajo Funke, Afshin Vahedi und seine Frau, Lutz Bucklitsch und Farin Fakhari, Sebastian von der Antifa, mittlerweile alte und liebgewonnene Mitstreiter, an diesem Tage schüttelte man sich zum ersten Mal die Hand.

Aber was war dort passiert am Vorabend? Da hatten braune Spitzbuben aus dem Afrikanischen Viertel, bewaffnet mit Stöcken, planvoll Menschenjagd betrieben und zwei persische Mitbürger schwer verletzt. Zusätzlich soll ein Punkerpärchen am Leopoldplatz verprügelt worden sein. Unerhört, meinten wir, das ist ein Angriff auf uns, auf unseren schönen multikulturellen Wedding, auf unser Lebenskonzept des gesellschaftlichen Miteinanders.

Die Veranstaltung stieß auf breites Interesse

Wir verabredeten, zusammenzuarbeiten und das vorerst leise, wir wollten dieses Thema nicht mit dem Wahlkampf verquicken um nicht dem Vorwurf ausgesetzt zu werden, wir verwendeten dieses sensible Thema zu politischen Zwecken. Wir wollten zeigen, dass es uns ernst ist.

In der folgenden Woche fing ich an, neben der Wahlkampfarbeit zu telefonieren und E-Mails zu versenden. Die Genossinnen und Genossen im Kreis Mitte mussten erfahren, was hier passiert, mussten aufgerüttelt werden und unser Anliegen unterstützen.

Dann kam der Wahlsonntag, ein schwarzer Tag in der Geschichte der SPD, ich blieb davon aber seltsam unberührt, war doch noch so viel zu tun und mussten doch nun die traurigen, abgekämpften Genossinnen und Genossen motiviert werden, sich trotz des Wahldebakels weiter zu engagieren.

Nun war die Wahl aber gelaufen und die 16. Abteilung machte sich an Phase Zwei des Unternehmens gegen die Nazis. Es war die Woche der Telefonate und wir mussten schauen, was vom ursprünglichen Konzept umsetzbar war und was nicht. Wir hatten uns inzwischen auf den 17.10. als Veranstaltungsdatum geeinigt, das bedeutete drei Wochen Planungszeit. Wir einigten uns in diesem Prozess darauf, das angedachte Fußballturnier im Frühjahr auszurichten. Das bedeutete, es blieb der Kiezspaziergang/ die Demo durchs Afrikanische Viertel und die Situation einer Bühne mit Rednern, eine Kundgebung also, am Anfang oder am Ende der Demo.

Ich hatte ein längeres Telefongespräch mit Fabian Weißbarth, ein alter Kämpfer in Sachen antifaschistische Aktionen, der uns bezüglich unserer Planungen einen plausiblen Gedankengang zur Verfügung stellen konnte: "Lieber ne fette Kundgebung als ne schmale Demo!". Das war eingängig. Die Würfel waren gefallen. Wir machten uns an die Arbeit: Eine Kundgebung am Rathausplatz, ein hochkarätiges und abwechslungsreiches Bühnenprogramm und Stände für die beteiligten Institutionen, die dort die Möglichkeit haben würden, ihre Vereinsarbeit zu präsentieren.

So kam es dann auch am 17.10. Es war genau ein Monat vergangen seit den Übergriffen auf der Müllerstraße und die Zivilgesellschaft von Mitte, insbesondere vom Wedding stand geschlossen und solidarisch gegen solcherlei Umtriebe auf dem Rathausplatz, stand da mit etwa zweihundert Männern und Frauen, stand einen vollen Nachmittag bei nicht allzu gutem Wetter und protestierte aufs Schärfste gegen diese erschreckenden Handlungen der Unmenschlichkeit. Was hierzu noch Erfreuliches zu erwähnen ist, die Gewalttäter sind inzwischen gefasst und haben sich wegen versuchten Mordes zu verantworten.



spw

» Meinungsstark!

gegen den Zeitgeist der Sachzwänge, Kapitalrenditen und sozialer Ignoranz.

» Links!

im Austausch mit kritischer Wissenschaft, sozialer Bewegung und anderen Parteien.

» In der Sozialdemokratie!

weil nur mit einer linken Volkspartei Reformen für die Menschen möglich sind.

- **spw** liefert den kritischen Hintergrund zum politischen Alltagsgeschäft – mit Analysen und Kommentaren.
- **spw** ordnet aktuelle Entwicklungen ein und diskutiert Deutungsmuster.
- **spw** ist das sozialdemokratische Forum für sozialistische Theorie und Programmdebatte.

» Jetzt **spw** abonnieren und wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Weitere Infos und Probeheft unter:
www.spw.de | spw-verlag@spw.de



und ich durfte sechs Wochen miterleben, die mich bestärkt haben in meinem Vertrauen in meine Nachbarschaft, in meinen Wedding und in Berlin.

So viele Menschen blieben unerwähnt, wenn ich nun beginnen würde, einzeln aufzuzählen, deshalb versuche ich es anders: Danke 16. Abteilung, das war großartig, danke Kreis Mitte und danke Christian, toller Job. Große Leistung auch von den beteiligten Vereinen und Institutionen. Wenn ihr, liebe Leser, nun mehr erfahren wollt über das neu gegründete "Bündnis Mitte gegen Rechtsextremismus", dann schaut doch mal auf die Webseite unter <http://bmgr.de/>.

Eure Kritik oder Beiträge könnt ihr
loswerden unter:

propagandistin@gruenes-dreieck.de

Afrikafest im Wedding

Das zweite Festival war ein noch größerer Erfolg!

Von Sebastian Trommsdorff

Am 29. und 30. August dieses Jahres fand auf dem Rathausvorplatz am Leopoldplatz im zweiten Jahr das Afrikafest im Wedding, welches von Assibi und Henning Wartenberg für den Deutsch-Togoischen Freundschaftsverein organisiert wurde, statt. Wie auch im letzten Jahr war die SPD durch einen Stand unserer Abteilung vertreten. Wir hatten sogar das Glück, Wahlkampf sei Dank, dass der Landesverband und da vor allem Rüdiger Scholz uns sehr hilfreich zur Seite stand und die Standgebühren übernommen hat. Genauso wie Christian Hanke, welcher sehr lange da war, stattete auch Eva Högel dem Fest einen Besuch ab. Auch einige neue Mitglieder konnten geworben werden. Für unsere Abteilung war es dieses Mal

ein logistischer Kraftakt, da zur selben Zeit unser alljährliches SPD-Straßenfest, von Hanno organisiert, stattfand. Zu allem Überfluss musste am Sonntag noch ein Umzug eines Genossen aus der 1. gestemmt werden. Ganz besonders zu danken ist an dieser Stelle Ihendu aus der 9. und Claus aus der 2. die uns hilfreich zur Seite standen. Auch Ronny hat sehr geholfen da er am Sonntag kurzfristig eingesprungen ist.

Wie auch schon im letzten Jahr wurde an zwei Tagen ein sehr gutes Musikprogramm geboten. Eingerahmt wurde das Ganze von verschiedenen Ständen. Auch an das leibliche Wohl wurde gedacht, da Assibi köstliche afrikanische Spezialitäten sowie Getränke zu moderaten Preisen feilbot. Im Gegensatz zu letztem Jahr war diesmal das Wetter auch sehr gut und die Stimmung dementsprechend besser.

Außer bei uns. Wir wurden im Grunde von der ersten bis letzten Sekunde von „aufgebrachten Bürgern“ durchaus unhöflich angesprochen. Es waren nicht die vielen Menschen mit afrikanischem Migrationshintergrund, die freuten sich darüber das wir auf dem Fest mit einem Stand vertreten waren. Viele von ihnen verdanken ihren Aufenthalts- und oft auch Staatsbürgerstatus Gesetzen welche von der Rot-Grünen Bundesregierung beschlossen wurden. Es waren die Deutschen ohne Migrationshintergrund die sich negativ äußerten. Zum Teil waren es zutiefst beleidigende und verletzende Kommentare.

Mit Nazis wurden wir gleichgesetzt, unsere Sozialgesetzgebung mit der Nürnberger Rassengesetzgebung verglichen... Ohne Claus zum Beispiel hätte ich fast mit einem „Wähler“ nonverbal kommuniziert. Andere äußerten sich gewählter, aber oft ging es in die gleiche Richtung. Leider konnten wir dem oft nicht viel entgegensetzen. Insgesamt wurden wir nicht

mehr als die Partei der sozialen Gerechtigkeit wahrgenommen. Einziger Lichtblick war, dass sie uns hier vor Ort eine gute und engagierte Arbeit bescheinigten. Nicht wenige sagten uns, sie würden SPD wählen um uns hier unten nicht in die Pfanne zu hauen. Es ist das Spitzenpersonal was denen nicht passt, und ich stimme nach wie vor zu.

Konstruktiv und unbequem

Neue Stadtteilvertretung für die Müllerstraße

Von Michaela Nolte

An der Müllerstraße den Wedding neu entdecken, heißt das Motto des „Aktiven Stadtzentrums Müllerstraße“. Anfang Oktober wurde eine Stadtteilvertretung aus Anwohnern, Geschäftsleuten sowie Vertretern von Institutionen und Initiativen gewählt, die in das Programm zur Aufwertung des Gebiets zwischen Transvaal-/Barfus- und Fennstraße einbezogen wird.

„Wir wollen uns nicht nur beliebt machen“, lautete ein Fazit der konstituierenden Sitzung, die Mitte Oktober im Paul-Gerhard-Haus stattfand. Noch während der Themensammlung wurden erste Schritte, wie man sich einzubringen gedenkt, zur Sprache gebracht. Einer der knapp dreißig Teilnehmer berichtete von der Kündigung der Rathaus-Kantine, die gerade für ältere Menschen und Bewohner mit geringem Einkommen von Bedeutung ist.

„Es wäre ein falsches Zeichen, wenn man einen so wichtigen und attraktiven Ort aufgeben würde“, sagte ein Stadtteilvertreter unter großer Zustimmung. Ein weiterer Mitstreiter regte die Vernetzung des Essensangebots mit Institutionen wie zum Beispiel den Kitas im Kiez an, um die Kantine wirtschaftlicher zu gestalten und somit die

Entscheidung des Bezirksamtes ad absurdum zu führen. In einem Protestbrief will man, nicht nur wie anfangs angedacht, die „Irritation“ der Bürger ausdrücken, sondern als Stadtteilvertretung die Rücknahme der Kündigung fordern.

Damit ging es gleich tief in die Themendebatte. Doch die Moderatorinnen vom Architektur- und Stadtplanungsbüro Jahn, Mack und Partner, das die vorbereitenden Untersuchungen durchführt, erinnerten daran, dass man sich erst einmal geschäftsfähig machen müsse, auch wenn dies lästig ist. Auf der nächsten Sitzung stehen die Abstimmung der Geschäftsordnung an, die Wahl der Sprecher und die Verteilung konkreter Inhalte auf Arbeitsgruppen. Denn der Erfolg der Stadtteilvertretung hängt nicht zuletzt davon ab, wie man die vorhandenen Eigenressourcen nutzt.

So verspricht die Stadtteilvertretung ein Gremium zu werden, das sich konstruktiv einmischt und, wenn es sein muss, auch mal unbequem wird. Immerhin stellen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und das Bezirksamt Mitte bis 2016 rund eine Million Euro jährlich zur Verfügung, um die Müllerstraße wieder zu einer lebendigen und lebenswerten Einkaufsstraße zu entwickeln. Lediglich Bezirksamtsbeschlüsse „abnicken“, wollen die insgesamt 31 Damen und Herren aber nicht. Zurzeit sind die Sitzungen noch nicht öffentlich.

Runder Tisch Leopoldplatz gestartet

Von Sebastian Trommsdorff

Der auch von den Jusos der 16. Abteilung schon lang geforderte Runde Tisch Leopoldplatz ist nun vom Bezirksamt eingerichtet worden und hat sich bereits mehrfach getroffen. Dies

geschieht auch im Rahmen des Sanierungsprojekts Müllerstraße, zu dem Teile des Leopoldplatzes gehören. Dies wurde auch dokumentiert durch die Anwesenheit von Frau Jahn von Jahn, Mack & Partner welche das Projekt Müllerstraße betreut. Auch der Geschäftsführer von Karstadt war anwesend. Ich bin Mitglied dieses runden Tisches, da ich Anwohner und Sprecher des Quartiersrates Pankstraße bin. Insgesamt hat der runde Tisch gute dreißig Mitglieder. Schade fand ich persönlich, dass so wenig Menschen mit Migrationshintergrund Teilnehmer dieser Runde sind.

Bisher ging es vor allem darum, die Punkte zu sammeln wo es überall nicht so läuft und aussieht wie es sollte, beziehungsweise welche Lösungsansätze uns ad hoc so einfallen. Wichtige Punkte waren zum Beispiel die Trinker- und Substituiertenszene rund um die alte Nazarethkirche, die Junkie- und Dealerszene an der Maxstraße, fehlende Gratis-Toiletten an beiden Enden des Leopoldplatzes, die Roma- und Sinti-Gruppen, welche jeden Sommer am Leopoldplatz eintreffen, die wegbrechenden Wochenmärkte aber auch die zunehmende Zahl an Glücksspiellokalen auf und um den Leopoldplatz.

Insgesamt gab es ein gewisses Gefühl von Resignation angesichts der Schwere der Probleme. Bei den Lösungsmöglichkeiten ging es

wild durcheinander. Von repressiv bis helfend wurde die ganze Bandbreite an Lösungsideen in den Raum geworfen. Konsens waren vor allem einfache Dinge wie die Forderung mehr Kiezläufer einzusetzen, das Ausrichten von mehr Festivitäten aber auch die Einrichtung von kostenfreien Toiletten. Diese Dinge wurden übrigens bereits auf der ersten öffentlichen Veranstaltung des Juso AK 65 zum Thema Leopoldplatz im letzten Jahr gefordert. Das Verhalten der Polizei wurde zwar als engagiert aber als nicht ausreichend gewürdigt.

Alles in allem denke ich ist dieses Gremium, wenn es denn Ernst genommen wird, ein probates Mittel um Probleme auf dem Leopoldplatz zu erkennen und neue Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Dies kann ein wichtiger Baustein hin zu einer Verbesserung der Situation auf dem Leopoldplatz sein. Dieses Gremium lebt aber nur von denen die mit machen. Daher ist dieses Gremium grundsätzlich offen für neue Mitglieder die sich einbringen können. Bei Interesse bitte bei mir unter s.trommsdorff@gmx.net melden.

Man muss mal sehen wohin sich das ganze entwickelt. Bezeichnend ist allerdings wieder einmal, dass bis auf die Linkspartei und uns keine andere Partei vertreten war. Der Wedding interessiert die offensichtlich nicht.

Unsere Partei braucht mehr Grundsatzdiskussionen!

Daher hat sich ein noch recht kleiner Kreis von GenossInnen zusammengefunden, um alte und neue Texte aus der Geschichte der Sozialdemokratie und des Sozialismus zu lesen und zu diskutieren.

Gemeinsam wollen wir lernen woher wir kommen und diskutieren wohin wir gehen. Mit dem Kommunistischen Manifest haben wir angefangen, wie wir weiter machen wollen wir im November zusammen entscheiden.

**Wenn du mitlernen und mitdiskutieren willst, kannst du dich bei Andreas melden:
Andwieder@web.de**

Aus den Vereinen

In regelmäßiger Tradition stell wir Initiativen und Vereine unserer Quartiere vor

Von BürgerInnen für BürgerInnen – der Verein „Aktiv im Kiez“- ein Einblick

Von Heribert Grünewald

Im Mai 2002 gründeten engagierte Bürgerinnen und Bürger im Sprengelkiez den Verein „Aktiv im Kiez“ e. V. als Trägerverein für den Nachbarschaftsladen. Der Verein „Aktiv im Kiez e. V.“ fördert das bürgerschaftliche soziale und kulturelle Engagement zugunsten des Gemeinwohls sowie die Organisation sozialer Kommunikationen auf allen nachbarschaftlichen und bürgernahen Ebenen.

„Aktiv im Kiez“ ist nicht nur der Name eines Vereins, sondern zugleich die unmittelbare Aufforderung an alle Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung ihres kulturellen und sozialen Umfeldes mitzuwirken und einen Beitrag zur Entstehung eines funktionierenden Gemeinwesens zu leisten.

Hilfestellungen zur Selbsthilfe in mannigfaltiger Weise anzubieten, Ideen zu realisieren und Projekte zu fördern sind vorrangige Anliegen unserer Aktivitäten. Dabei haben sich folgende Schwerpunkte in der Arbeit herauskristallisiert, die ihren Niederschlag in zahlreichen Projekten gefunden haben: *Förderung der interkulturellen Verständigung zum Wohle eines kooperativen und friedlichen Miteinanders der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, nachhaltige Gestaltung des Wohnumfeldes durch ökologisch orientierte Projekte, Beratungsleistungen für BürgerInnen deutscher Herkunft sowie BürgerInnen mit*



Migrationshintergrund durch sprachkundige MitarbeiterInnen, Vernetzung von Kiezaktivitäten jeglicher Couleur, Bereitstellung von an Arbeitslosen sowie Familien orientierten Angeboten zur Pflege von Erfahrungsaustausch und sozialen Zusammenkünften u.v.m.

In der Vergangenheit wurde z.B. im Bereich der ökologischen Pflege des Kiezes durch die langjährigen Projekte „Garten- und Wasserkiez“ und „Verschönerung der Tegeler Straße“ ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Wohnumfeldes geleistet, der bis heute durch die Pflege des Schulgartens in der Tegeler Straße (in Kooperation mit der Brüder-Grimm-Schule) durch engagierte BürgerInnen nachhaltig fortgesetzt wird. Bis zum Jahre 2008 war der Verein zudem Träger der Stadtteilzeitung „Der Kiezbote“ und Mitglieder des Vereins bestritten die redaktionelle Arbeit.

Etliche neue Initiativen und Projekte sind hinzugekommen, die im Einzelnen knapp

skizziert werden. Im Zentrum aber steht traditionell der Nachbarschaftsladen: Aktiv im Kiez e. V. erfüllt den Nachbarschaftsladen im Sprengelhaus mit regem Leben.

Das Büro-Team setzt sich aus fünf Mitgliedern von Aktiv im Kiez e. V. zusammen, die zur Zeit über das ÖBS - Programm beim Kommunalen Forum Wedding beschäftigt sind. Der Nachbarschaftsladen unterstützt Ideen zur Selbst- und Nachbarschaftshilfe, ist Kontakt- und Begegnungsstätte verschiedener Initiativen und Projekte und bietet Beratungen und Hilfen zu verschiedenen Problemfeldern an. Hier erhalten AnwohnerInnen nachbarschaftliche Hilfe in Rat und Tat, oder sie werden an qualifizierte Beratungs- und Servicestellen weitergeleitet.

Sie erhalten Hilfe bei Fragen zu Hartz IV/Erwerbslosenrenten, Unterstützung bei Behördengängen und zusätzliche Hilfe für behinderte Menschen. Im Umfeld des Nachbarschaftsladens finden BürgerInnen noch weitere Angebote des Vereins „Aktiv im Kiez“.

Im Bereich der kulturellen Angebote gibt es einen monatlichen Spielabend, bei dem Jung und Alt, Mann und Frau, ganz einfach alle, die gerne spielend in Kontakt mit Menschen kommen möchten, gern gesehene Gäste sind. Das sonntägliche Interkulturelle Kiezfrühstück bietet Familien unterschiedlicher kultureller Herkunft die Möglichkeit des Kennenlernens und des Erfahrungs-Austausches in gelassen – fröhlicher Atmosphäre. Das Begegnungs-Frühstück und das Begegnungscafé im SprengelHaus ergänzen das Spektrum der Angebote, wo Menschen Kontakte und Austausch in gemütlichem Beisammensein pflegen können. Spezifischerer Natur ist das Projekt „Arbeitslose helfen Arbeitslosen“, wo konkrete Hilfestellung zu Fragen der Ansprüche auf Sozialleistungen geleistet wird und ihre behördliche Handhabung gemeinsam geklärt

werden; Erfahrungen werden im Fokus der Solidarisierung von Betroffenen gemeinsam beleuchtet. Last but not least gibt es eine Mal- und Nähgruppe von Frauen für Frauen in Kooperation mit GIS e. V. und dem Kommunalen Forum Wedding, die zum Experimentieren mit den kreativen Möglichkeiten einer jeden Einzelnen einlädt.

Auch in diesem Jahr findet wieder unter der Schirmherrschaft von „Aktiv im Kiez“ der Lebendige Adventskalender statt; hier öffnet sich vom 1. Dezember bis zum 24. Dezember 2009 jeweils eine Türe zum Nachbarn, und in geselliger Runde können die willkommenen Gäste bei entspannten Gesprächen vorweihnachtliche Freuden gemeinsam genießen. Die Termine und Adressen werden zeitnah in den kieztreuen Publikationen veröffentlicht oder können im SprengelHaus und im QM Sparrplatz erfragt werden.

Sollte der geneigte Leser Interesse an den genannten Projekten und Initiativen wie überhaupt an den Aktivitäten des Vereins Interesse haben, so informieren Sie sich vor Ort und/oder bei nachfolgender Adresse; die Veranstaltungstage und Zeiten können aus platztechnischen Gründen an dieser Stelle leider nicht im Einzelnen aufgeführt werden.

„Aktiv im Kiez“ e. V.
Sprengelstraße 15
13353 Berlin
Tel.: 030 / 459 77 308
mail: info@aktivimkiez

*Wir wünschen all unseren Lesern und
Werbepartnern ein Frohes Weihnachtsfest
und einen guten Start ins Jahr 2010. Wir
danken Euch
für die Unterstützung
dieses Projektes
Die Redaktion*



ufer Café
gemütliche Klavierstube

Nordufer 4 · 13353 Berlin
Telefon: (030) 45 02 18 72

Inhaber und Musiker - Falki und Robert



Täglich geöffnet
von 18.00 bis 04.00 Uhr
Sonntags bis 24.00 Uhr

- An fast allen Tagen bieten wir euch ein interessantes Rahmenprogramm! z.B.:
- jeden Sonntag ab 16:00 Uhr Kaffeeklatsch mit Live Musik
- jeden Sonntag ab 21:30 Uhr Chansonabend
- jeden Mittwoch um 21:00 Uhr Filmabend

GUTSCHEIN
für eine Berliner Weiße mit Schuß
(NATÜRLICH ROT!)
Bei Abgabe
dieses Gutscheins!

Das politische Lied

Die SPD war stets auch eine Kulturbewegung. Daher gibt es jedes Mal ein Neues

Trotz alledem

Der Text entstand 1848 nach der gescheiterten März-Revolution in Deutschland und Europa. Anstatt die Revolution zusammen mit den Arbeitern zu verteidigen entschied sich das Bürgertum für eine Verständigung mit dem Adel, der daraufhin seine Macht wieder festigte und die revolutionären Errungenschaften weitestgehend beseitigen konnte. Die Reaktion gewann. Der Text von Ferdinand Freiligrath spiegelt sowohl die von Enttäuschung geprägte Stimmung nach der gescheiterten Revolution wider, wie auch die Zuversicht, dass eines Tages der Sieg der nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität strebenden Kräfte unvermeidlich ist.

Das war 'ne heiße Märzzeit,
Trotz Regen, Schnee und alledem!
Nun aber, da es Blüten schneit,
Nun ist es kalt, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem –
Trotz Wien, Berlin und alledem –
Ein schnöder scharfer Winterwind
Durchfröstelt uns trotz alledem!

Das ist der Wind der Reaktion
Mit Meltau, Reif und alledem!
Das ist die Bourgeoisie am Thron –
Der annoch steht, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem –
Trotz Blutschuld, Trug und alledem –
Er steht noch, und er hudelt uns
Wie früher fast, trotz alledem!

Die Waffen, die der Sieg uns gab,
Der Sieg des Rechts trotz alledem,
Die nimmt man sacht uns wieder ab,
Samt Kraut und Lot und alledem,
Trotz alledem und alledem,
Trotz Parlament und alledem –
Wir werden unsre Büchsen los,
Soldatenwild trotz alledem!

Doch sind wir frisch und wohlgenut
Und zagen nicht trotz alledem!
In tiefer Brust des Zornes Glut,
Die hält uns warm trotz alledem!

Trotz alledem und alledem,
Es gilt uns gleich trotz alledem!
Wir schütteln uns: Ein garst'ger Wind,
Doch weiter nichts trotz alledem!

Denn ob der Reichstag sich blamiert
Professorhaft, trotz alledem!
Und ob der Teufel regiert
Mit Huf und Horn und alledem –
Trotz alledem und alledem,
Trotz Dummheit, List und alledem,
Wir wissen doch: die Menschlichkeit
Behält den Sieg trotz alledem!

So füllt denn nur der Mörser Schlund
Mit Eisen, Blei und alledem:
Wir halten aus auf unserm Grund,
Wir wanken nicht trotz alledem!
Trotz alledem und alledem!
Und macht ihr's gar, trotz alledem,
Wie zu Neapel jener Schuft:
Das hilft erst recht, trotz alledem!

Nur, was zerfällt, vertretet ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Sind ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem:
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht –
Unser die Welt trotz alledem!



Die Band Trock'n Roll sorgte für gute Stimmung auf unserem Kiez- und Kinderfest.

Unsere Abteilung

Infos und Neuigkeiten unserer Abteilung

Kiez- und Stadtteilstfest 2009

Als ich wieder die Festkoordination für unser diesjähriges Kinder- und Straßenfest übernahm, war mir bewusst, wie schwierig diese Aufgabe sein würde. Mit dem Rekordfest im letzten Jahr – Rekordwetter, Rekordbesucherzahl, Rekord bei der Anzahl der Marktstände, Rekord beim Bierverkauf und den einsamen Rekord bei den Kosten - hatten wir uns die Messlatte in gewisser Weise selbstverschuldet ziemlich hoch gelegt.

Bis auf ein paar Tropfen blieb am Festtag das Wetter stabil und lockte viele Kiezbewohner auf die Straßen. Für die kleinen Besucher hatten wir eine Rallye vorbereitet. Alle Kinder, welche

die Stationen Dosenwerfen, Nagelbalken, Kinderschminken, Torwandschießen, Ponyreiten und Riesenhüpfburg durchlaufen hatten, durften sich am Infostand ein kleines Geschenk abholen. Wie durch ein Wunder war so unser Infostand so gut besucht, wie seit den 70er Jahren nicht mehr. Unsere Standbetreuer hatten alle Hände damit zu tun den Ansturm der Kinder zu bewältigen. Es dauerte auch nicht lange bis die Weddinger Kids einen kleinen Planungsfehler entdeckten. Da der Besuch einer Station nur mit einem Kugelschreiber auf den ausgegebenen Laufkarten abgekreuzt wurde, waren die Kugelschreiber bei unseren Infostand plötzlich äußerst begehrt und schnell vergriffen. Nur mit Mühe konnten wir uns einer

schleichenden Plünderung erwehren.

Bis auf die sehr enttäuschende Vorstellung der Band Coffeshop und anfänglichen Problemen mit unserer PA kam das Bühnenprogramm sehr gut an. Mary und Mandy, Trock'n'Roll und Django Lassi boten ein buntes Musikprogramm und Instrument Inside inszenierte einen tollen Musikwettbewerb für die Kinder. Ein weiteres Highlight war das spannende und aufschlussreiche Interview mit Eva Högl (MdB) und Rolf Wiegand (Personalrat der BSR) über die Themen soziale Gerechtigkeit und Bildung.

Man darf nicht unterschätzen, wie viel Arbeit die Vorbereitung eines solchen Festes bedeutet und man darf nicht vergessen, dass dieses alles von ehrenamtlich engagierten Parteimitgliedern und Mitgliedern des Arbeiter Samariter Bundes in ihrer Freizeit gestemmt wird. In diesem Jahr waren die Bedingungen sogar noch verschärft, da unsere Abteilung neben unseren „normalen“ Aktivitäten wie z.B. die Organisation von

Mitgliederversammlungen, von Bürgersprechstunden, der SPD-Mitte Fußballmannschaft und dieser Abteilungszeitung noch unzählige Infostände bei Volksbegehren und einen Bundeswahlkampf zu organisieren hatte. Die Motivation für ein ehrenamtliches Engagement hängt an einem seidenen Faden und kann leicht zerreißen. Wenn man bedenkt, was wir Basisgenossen in diesem Jahr alles aushalten mussten, dann kann man es nicht hoch genug bewerten, was die Mitglieder unserer Abteilung dieses Jahr geleistet haben.

Wir haben es gemeinsam geschafft und wieder ein super Fest auf die Beine gestellt. Ich möchte mich daher im Namen des Abteilungsvorstandes ausdrücklich bei allen Helfern aus der SPD und dem ASB bedanken. Besonders herausheben möchte ich an dieser Stelle das außergewöhnliche Engagement von Andreas Schieren und Andreas Wiedermann, ohne die das Fest in dieser Form nicht hätte stattfinden können. Ihr alle seid einfach klasse!

von Hanno Winter



das Wetter war hervorragend, deshalb war es nicht nur an den Kinderaktivitäten sondern auch an den Infoständen gut voll

Feuilleton

Hier gibt es Geschichte und Geschichten der Sozialdemokratie

Schwusos in Berlins Mitte

Viele konnten es kaum glauben, dass es über viele Jahre keine Schwusos in der SPD Berlin-Mitte gab. Doch als sich die Schwusos im Sommer 2008 zunächst als Stammtisch wieder trafen, wurde eine Lücke wieder gefüllt. Es gibt viele Gründe, warum es einer Struktur wie der Schwusos bedarf. Der Hauptgrund ist die nach wie vor herrschende Homophobie, die sich in dummen Sprüchen, Benachteiligungen bis hin zu gewalttätigen Übergriffen äußert. Das sittsam in den Medien gepflegte Klischee des allseits beliebten Schwulen stimmt einfach nicht, auch wenn es rechtlich wie gesellschaftlich in den letzten zehn Jahren deutliche Fortschritte gegeben hat. Denn schon das Bild weist auf die Mängel hin. Während der schwule Mann als „fashionable“ daher kommt, fehlen Lesben, Bisexuelle, Transgender und Transidente immer noch weitgehend. Selbstkritisch muss man allerdings auch feststellen, dass der Name „Schwusos“ die Öffnung hin zu all diesen anderen Gruppen ebenfalls nicht repräsentiert und damit kontraproduktiv wirkt.

Doch zurück zu den ersten Schritten der neugegründeten Schwusos. Der Stammtisch bot zunächst etlichen Mitgliedern eine neue Heimat innerhalb der SPD. Gerade wer einen großen Teil seiner freien Zeit in die Arbeit der Partei einbringt, möchte sich gerne auch mit diesem Teil seiner Person hier wiederfinden. Doch die abendlichen Gespräche drehen sich dann am Ende nicht nur um Privates, sondern auch um lesben- und schwulenpolitische Themen. Und so war es nicht verwunderlich, dass aus dem

Stammtisch dann doch eine richtige AG wurde. Zwei große Themenkomplexe wurden seitdem behandelt und mündeten in eine Veranstaltung im Lichtburgforum. Der eine Komplex dreht sich darum, wie man der wieder zunehmenden Gewalt gegen Lesben, Schwule und transidente Menschen vorbeugen kann. Hierzu wurden Kontakte zu den relevanten Organisationen aufgenommen und einzelne auf der entsprechenden Veranstaltung von deren Sprecher/innen benannte Forderungen flossen am Ende auch in das diesbezügliche Papier des Abgeordnetenhauses.

Der zweite Komplex ist der rechtliche. Fortlaufend gibt es hierzu Prozesse vor dem Bundesverfassungsgericht und das trotz der unter Rot-Grün erreichten Verbesserungen. Doch es kann nicht angehen, dass nun jede und jeder Einzelne sich seine Gleichbehandlung durch alle Instanzen rechtlich erstreiten muss, auch wenn hier viele Erfolge zu verzeichnen sind. Ein zentrales Thema von großer menschlicher Tragweite war die Stiefkindadoption, die vom Bundesland Bayern lange blockiert wurde. Ein dementsprechendes Gutachten aus dem Hause Zypries hat mit den angeführten Vorurteilen ein für alle Male aufgeräumt und eine gute Grundlage für eine Weiterführung des Adoptionsrechts geboten. Daneben hat Berlin die Initiative ergriffen, den Artikel 3 des Grundgesetzes um den Zusatz der sexuellen Identität zu ergänzen. Auch die beiden Themen führten zu einer hochkarätig besetzten Veranstaltung, die allerdings mitten im Wahlkampf nicht auf die nötige Resonanz gestoßen ist.

Doch all dies lässt uns nicht entmutigen.

Inzwischen haben sich mit Hamburg und Bremen weitere Bundesländer der Berliner Grundgesetzinitiative angeschlossen. Doch ein Erfolg ist noch ungewiss. Daher werden wir als Schwusos das Thema weiterverfolgen.

Zurzeit treffen wir uns jeden dritten Donnerstag im Monat. Dabei testen wir verschiedene Lokalitäten aus. Wer zur nächsten Sitzung eingeladen werden möchte, meldet sich einfach bei uwe.ostendorff@spd-online.de.

Uwe Ostendorff

Englands Labour Party und Italiens Demokraten versuchen die Resozialdemokratisierung

von Christina Ujma

Bislang haben die Parteien der italienischen Linken gedacht, sie seien in der Krise. Nach den deutschen Bundestagswahlen und dem Labourparteitag in Brighton müssen sie zur Kenntnis nehmen, dass es ihnen vergleichsweise gut geht, einmal abgesehen vom Erfolg der deutschen Linkspartei, der in Italien wie in Europa insgesamt Erstaunen, Bewunderung und ein bisschen Neid ausgelöst hat. Im moribunden Lager der europäischen Sozialdemokratie steht die italienische Demokratische Partei mit 33% bei den Parlamentswahlen auf einmal als eine der stärksten Parteien ihrer Art in Europa da. Wie die Vorwahlen zur Bestimmung des neuen Parteichefs gezeigt haben, verfügt sie über eine mobilisierungsfähige Basis und eine lebendige innerparteiliche Demokratie, wovon SPD und Labour Party nur träumen können.

Waiting for the end

Der dritte Weg New Labours beinhaltet auch weitgehende Entmachtung der niemals

sonderlich mitgliederstarken Partei; statt Programmen wollte man nun auf professionelle PR bauen, statt Präsenz im Alltagsleben und in der Zivilgesellschaft sollte die politische Botschaft über die Medien verbreitet werden. Das rächt sich nun bitter, die Medien stehen Labour eher feindselig gegenüber; eine Botschaft, die verbreitet werden könnte, gibt es nicht mehr. So konzentriert sich die Aufmerksamkeit nun vor allem auf den glücklos agierenden Labour Premier Gordon Brown. Er machte beim jährlichen Labour-Parteitag Ende September keine sonderlich gute Figur, worüber die Medien sich in allen Einzelheiten ausließen.

Das Bedürfnis, Brown zu stürzen, wird immer wieder auf dem einen oder anderen Flügel geäußert. An der Niederlage bei den nächsten Unterhauswahlen, die vermutlich im Frühjahr 2010 stattfinden werden, würde auch ein Putsch wenig ändern. Auch ohne die drastischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise wäre eine Niederlage vermutlich nicht abzuwenden gewesen, denn New Labour hatte seinen Kredit beim Wahlvolk schon länger verspielt und gilt zunehmend als abgehoben, arrogant, korrupt, machtgeil und zunehmend unsozial.

Inhalte spielten auf dem Parteitag und in der Berichterstattung eine so untergeordnete Rolle, dass man sich verwundert an die Parteitage der Zeit vor New Labour erinnert, auf denen die Schlacht um Anträge und Personen so erbittert ausgefochten wurde, als ginge es um die Zukunft des Sozialismus oder gar das Schicksal der Nation, während heute eine Personality Show für die Fernsehkameras inszeniert wird und die Diskussionen meist so dahinplätschern. Insgesamt geht es Labour ähnlich wie der SPD, bei beiden ist nicht ganz klar, woher die Ressourcen zur inhaltlichen und personellen Erneuerung kommen sollen. Der linke Flügel ist schwach, seinen Anführer Alan Johnson hat Gordon Brown mit dem

Innenministerium eingebunden, das traditionell das Law and Order-Ministerium ist. Seine Rede auf dem Parteitag, in der er ziemlich autoritäre Konzepte vertrat, lässt befürchten, dass er bald Labour hat keinen Müntefering, der der Partei zu suggerieren versucht, dass sie auf der Gewinnerstraße sei, weshalb ihr gegenwärtig nichts anderes übrig bleibt, als hilflos und deprimiert auf das Ende, d.h. auf die Niederlage bei den anstehenden Unterhauswahlen zu warten.

Keynsianische Schadenfreude

Bei der Krise Labours ist weniger Gordon Brown das Problem als der Zustand des von Ex-Premier Tony Blair übernommenen Personals, das gleich reihenweise der Korruption und unsauberer Abrechnungspraktiken überführt wurde. Zu allem Überfluss hat Gordon Brown sich in seiner Not auch noch mit Peter Mandelson verbündet – dem Mitarchitekten von New Labour und Neoliberalen reinsten Wassers, der mehrfach wegen dubiosem Finanzgebaren zurücktreten musste.

In Mandelsons und Browns Reden schlug sich durchaus eine ideologische Wende nieder, auf einmal wirkte New Labour altmodisch, neoliberale Glaubenssätze wurden in Brighton im Rekordtempo über Bord geworfen, zugunsten einer etwas sozialdemokratischeren Politik. Eine stärkere Kontrolle der Finanzwirtschaft und des Bankenstandorts London wurde von Gordon Brown groß angekündigt, ohne aber einzugestehen, dass man für die Exzesse der Banken mitverantwortlich war und sich lange Zeit gegen jede Regulierung wandte. Im Chor der europäischen Markt fetischisten hatte New Labour die führende Stimme, aber angesichts der Tatsache, dass die unsichtbare Hand des Marktes ein Phantom bleibt und von Selbstheilungskräften nichts zu entdecken ist,

einer der vielen Labour-Linken wird, die sich, einmal ins Ministeramt gekommen, in Richtung Mainstream bewegen.

werden auf einmal lange verspottete Ideen entstaubt. Keynesianer und Marxisten freuen sich darüber, dass ihnen endlich wieder Gehör geschenkt wird und verkünden stolz, es von Anfang an besser gewusst zu haben. Sowohl Gordon Brown als auch David Cameron, dem Vorsitzenden der Konservativen, fällt neuerdings Positives zu Keynes ein. Gordon Browns Bewältigung der Krise, in der sich dies durchaus niederschlug, findet jedenfalls die Anerkennung der Fachleute, die vom historischen Verdienst Labours bei der Rettung des Kapitalismus sprechen.

Neuer Konsens?

Abzuwarten bleibt allerdings, ob den hehren Worten auch überzeugende Tatsachen folgen werden, wonach es bislang nicht aussieht. Auf dem Parteitag verkündete Brown immerhin ein bisschen mehr Sozialpolitik, eine Reichensteuer und weitere Verbesserungen des nationalen Gesundheitsdienstes und des öffentlichen Bildungssektors. Da der britische Staat bereits stark verschuldet ist, sollen Einsparungen im öffentlichen Dienst, d.h. Nullrunden und Stellenabbau, diese Maßnahmen finanzieren, wie Labour-Finanzminister Alistair Darling erst nach dem Parteitag verkündete, was die Öffentlichkeit Labour zu Recht übelnahm. Der konservative Parteitag mit Camerons Ankündigung von Privatisierungen, Kürzungen, Einsparungen und Austeritätspolitik hat die Wähler aufhorchen lassen; die Sorge, dass eine rechte Regierung wieder nur die Armen schröpft, scheint verbreitet. Deshalb gelang es Labour, bei den Meinungsumfragen ein wenig aufzuholen, obwohl die Regierung Brown weiterhin unpopulär bleibt.

Deichgraf



*Täglich geöffnet von 9.00 - 2.00
Frühstück ab 9.00
Mittagstisch ab 11.30*

Küche bis 23.00



Einige Ratgeber fordern von Gordon Brown, in den Monaten seiner verbleibenden Amtszeit die neue sozialdemokratische Stimmung in der Bevölkerung auszunutzen und mit der Marktregulierung sofort zu beginnen. Das könnte die Niederlage bei den nächsten Unterhauswahlen abmildern und Labour vor einer Pleite nach Art der deutschen SPD bewahren.

Danach sieht es gegenwärtig aber nicht aus. Um die Staatsausgaben weiter zu erhöhen und die Neuverschuldung in Grenzen zu halten, plant Gordon Brown Privatisierungen von Staatsbetrieben, was gegenwärtig in der Bevölkerung sehr unpopulär ist. Dass er dazu noch Städte und Gemeinden auffordert, Sportplätze und Bibliotheken zu verscherbeln, dürfte die kleine Schar der verbliebenen Labour-Anhänger weiter dezimieren. Trotz Massenentlassungen und Betriebsschließungen blieb breiter Protest gegen die Folgen der Krise bislang aus, Parteien links von der Labourparty haben Sektenstatus, die Gewerkschaften rafften sich allerhöchstens zum punktuellen Protest auf, wie zum Streik gegen Teilprivatisierungen der Post Ende Oktober.

Linke Basisdemokratie in Italien

In Italien dominierte die Wahl des neuen Vorsitzenden der Demokratischen Partei lange das Geschehen im linken Parteienspektrum. Nachdem Parteichef Veltroni im Februar 2009 zurückgetreten ist, hat man sich einen Interimsvorsitzenden zugelegt, um jetzt in aller Ruhe einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Das ausgesprochen basisdemokratische Vorgehen beeindruckt – besonders angesichts des Putsches, mit dem sich hierzulande Gabriel und Nahles an die neue SPD Spitze katapultiert haben. Seit dem Sommer touren der sozialdemokratische Kandidat Bersani und Interimschef Franceschini durch die Lande und machen Wahlkampf. Das Ganze ist verbunden

mit verschiedenen inhaltlichen Plattformen, d.h. einer eher arbeitertbewegten Strategie, die auch die Unterstützung der CGIL hat und einer zentristischen, hinter der sich der christdemokratische Flügel der Demokratischen Partei vereint. Über 400.000 Parteimitglieder im In- und Ausland haben sich an der innerparteilichen Abstimmung beteiligt. Hier hat Bersani mit 55% gewonnen. Der linkschristdemokratische Flügel murrte angesichts der Tatsache, dass die innerparteiliche sozialdemokratische Mehrheit ihre Dominanz so offen ausspielt. Der linke Flügel lässt sich nicht mehr einschüchtern, nachdem ihm aufgefallen ist, dass eine Entsozialdemokratisierung die eigenen Wähler den Rechten geradewegs in die Arme treibt.

Die Lernfähigkeit der PD überrascht bislang positiv, wobei man anmerken muss, dass diese sowohl die Inhalte als auch das Personal hat, um die sie zumindest annäherungsweise glaubwürdig darzustellen, im Unterschied zur Labour Party oder der SPD etwa. Massimo D'Alema, der Anführer des linken und sozialdemokratischen Flügels der PD, gilt als Architekt der innerparteilichen Dominanz Bersanis, wobei er sich klug im Hintergrund hält, um den Kandidaten nicht durch eine Zuordnung in alte Ränkespiele der DS zu sehr zu belasten. Bersani gilt zwar als Linker, aber auch als Mann des Ausgleichs, der mehr an politischen Ergebnissen als an Fraktionskämpfen oder der reinen Lehre interessiert ist. Am 25. Oktober durften die Unterstützer der Demokratischen Partei ihre Stimmen abgeben, die in groß angelegten Primaries den Kandidaten bestimmen sollen. Bersani schloss seine Kampagne mit einem Auftritt beim Marsch für Arbeit, den die Gewerkschaften CGIL und CISL in Mailand veranstalteten. Die Kampagne war ausführlich angelegt und beinhaltete sogar ein TV-Duell zwischen den Spitzenkandidaten. Der Aufwand

hat sich gelohnt, mehr als drei Millionen Menschen standen Schlange, um den neuen Vorsitzenden der PD zu wählen. Im Norden und in der Mitte Italiens gingen in einigen Städten 10% der wahlberechtigten Bevölkerung zur Wahl.

Italienischer Abschied vom »Dritten Weg«

Es hat den Anschein, als hätte es die PD mit dem »Dritten Weg« New Labours versucht und gesehen, dass dieser gegen die Wand gefahren ist, und sie nun eher erleichtert zu sozialdemokratischeren Vorstellungen zurückfindet. Das liegt natürlich auch an der linken Basis, die keine Ruhe gibt. Die Regierung Berlusconi wurde von Anfang an mit heftigen Protesten von Gewerkschaften, Bewegungen und Initiativen bekämpft. Die Bildungsproteste, aber auch die Proteste und Streiks gegen Sozialabbau und gegen den Abbau gewerkschaftlicher Rechte haben Millionen auf die Straßen und Piazzas getrieben und in diesem September und Oktober ihre Fortsetzung gefunden, z.B. mit großen und kleineren Demos gegen Stellenabbau und Kürzungen im Schul- und Hochschulbereich.

Bei diesen Aktionen arbeiteten die Gewerkschaften der CGIL und die Bewegungen Hand in Hand, man ergänzt sich bestens und schafft es auch, diverse Aktionen gut zu koordinieren. Es gelingt der CGIL dabei zunehmend, über den rein betrieblichen Bereich hinaus zu wirken, so gibt es z.B. eine Rentnergewerkschaft innerhalb der CGIL. Seitdem der PCI-Politiker Bruno Trentin Anfang der 1990er Jahre der CGIL vorstand, hat sich die Gewerkschaft von ihrer Fixierung auf die männliche italienischstämmige Facharbeiterschaft in den Großbetrieben gelöst und sich vermehrt um schlechtbezahlte und unterprivilegierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aller Bereiche und Nationalitäten gekümmert.

Seit Guglielmo Epifani Gewerkschaftschef ist und die PD entweder zu sehr mit sich selbst beschäftigt ist oder schlicht keine Lust hat, sich um soziale Rechte zu kümmern, hat die CGIL die Rolle angenommen, die anderswo linke Parteien innehaben, also Transformationsriemen zwischen Bewegungen und Politik zu sein. Ihre Beteiligung gibt diversen Aktionen verstärkte politische Relevanz und Seriosität, wobei sie sich nicht in den Vordergrund spielt, sondern ihre erhebliche organisatorische Stärke meist recht diskret zur Verfügung stellt. Diese Strategie wird auch deshalb so sehr ausgebaut, weil der linke Gewerkschaftsbund dringend Verbündete braucht; in der Politik sieht es eher mau damit aus, da die anderen beiden eher rechtsgerichteten Gewerkschaftsbünde, die christliche CISL und die rechtsliberale UIL, sich auf nationaler Ebene mächtig bei Berlusconi anbieten und auf Kompromisse mit dem Unternehmerlager setzen, auch wenn es regional immer wieder zur Zusammenarbeit mit der CGIL kommt.

Lebendige Linke

Mit ihrer breiten Bündnisstrategie hat die CGIL recht gute Erfolge zu verzeichnen, wie im Moment gerade zu sehen ist: Am 3.10. nahmen mehrere 100.000 Menschen an der von der Linksgewerkschaft mitorganisierten Demo gegen Berlusconis Angriffe auf die Presse und für die Medienfreiheit teil. Am 10. Oktober fand die auch von linker Prominenz besuchte Demo gegen Homosexuellenfeindlichkeit statt, die wiederum von der CGIL mitorganisiert wurde, bereits die zweite Großdemo in diesem Herbst, die ca. 50.000 Teilnehmer aufbieten konnte. Hier wurde energisch ein Gesetz gegen Homophobie verlangt. Dieses Anliegen hat unter vielen progressiv gesonnen Italienern viel Sympathie, selbst Berlusconis Ministerin für Gleichberechtigung schickte eine Grußbotschaft, was allerdings bei der Mehrheit der Demonstranten nicht auf Begeisterung stieß.

Am 17. Oktober fand die große Demo gegen Rassismus in Rom statt, von diversen Initiativen und der Gewerkschaft CGIL federführend mitorganisiert. Es waren erst nur die Parteien der linken Linken unter den Unterstützern, bis sich der Interimsvorsitzende der PD, Franceschini, in letzter Minute zur Teilnahme entschloss. Bei aller Politprominenz standen die MigrantInnen, viele von ihnen Illegale ohne gültige Papiere, im Mittelpunkt, die über Diskriminierung und rechtsradikale Übergriffe besonders in Rom berichteten, wo der Bürgermeister Alemanno ein Postfaschist ist, bei dem keiner das Präfix sonderlich ernst nimmt. Für unerträglich hielten es viele der mehrheitlich hart arbeitenden und schlecht bezahlten MigrantInnen, durch das neue Ausländerrecht automatisch in die kriminelle Ecke gestellt zu werden. Bei der Demonstration, an der über 200.000 Menschen teilnahmen, gab es zwischen katholischen, weltlichen und politischen Flüchtlingsinitiativen einen Schulterchluss für eine multikulturelle und tolerante Gesellschaft.

Die Protestbereitschaft bleibt dabei nicht auf die neuen sozialen Bewegungen beschränkt. Am 8. Oktober streikte die Metallarbeitergewerkschaft FIOM, eine Mitgliedsgewerkschaft der CGIL, mit einer relativ guten Beteiligung und Demonstrationen, die die hunderttausend Teilnehmer locker überschritten. Im Oktober mobilisierte die CGIL ihre Basis durch regionale Aktionstage, die regionalen Demonstrationen erreichen hier aber oft erhebliche Größe, so brachten CGIL und CISL am 24. Oktober 50.000 in Mailand auf die Piazza. Für den 14. November plant die CGIL einen nationalen Protesttag und im Dezember einen Streik. Die wilden Streiks Mitte Oktober und der Generalstreik des autonomen Gewerkschaftsverbands COBAS am 22. Oktober, der zumindest einige Großstädte und Flughäfen lahm legte, zeigt, dass die italienische

Arbeiterbewegung in Kampfeslaune ist und versucht, Berlusconis Hegemoniekrise weiter zu verschärfen. Die Tatsache, dass der sozialdemokratische Kandidat Bersani nicht in der eigenen Partei, sondern auch bei den drei Millionen Unterstützern der PD eine deutliche Mehrheit gewonnen hat, macht deutlich, dass in Italien gegenwärtig ein neuer linker Wind weht.

Erinnerung wachhalten: Stolperstein im Sprengelkiez im Gedenken an Otto Frank

Matthias Speidel

Angesichts der gegenwärtigen „tiefen Krise“ der SPD mag es für die sozialdemokratische Selbstvergewisserung dienlich sein, über die eigene Vergangenheit zu stolpern. Ein konkreter Anlass dafür bietet beispielsweise der Stolperstein, der im Andenken an den Vorsitzenden der Weddinger SPD und Bezirksstadtvorordneten von Berlin Otto Frank (1874-1936) bereits im Juni vergangenen Jahres in das Pflaster des Gehwegs am Nordufer 14 eingelassen wurde. Vor allem der Spende des hiesigen SPD-Abteilungsvorsitzenden Udo Sacks ist die schnelle Umsetzung zu verdanken. Der Künstler Gunter Demnig verlegte im Rahmen seines Projekts „Stolpersteine“ bisher weit über 20.000 jener Steinwürfel, die auf einer eingefassten Messingplatte die Namen von Opfern des Nationalsozialismus eingraviert haben. So auch im Falle von Otto Frank, der am 20. Juni 1936 wohl an den Folgen von Misshandlungen starb, die ihm während einer mehrmonatigen Untersuchungshaft durch die Gestapo zugefügt wurden.

Franks Biographie weist jene klassischen Lebensstationen eines Sozialdemokraten auf, der in der Weimarer Republik eine politische Laufbahn einschlug und sich schon bald mit

dem aufkommenden Nationalsozialismus konfrontiert sah. Als Sohn eines Zigarrenmachers wuchs er in einem Umfeld auf, das ihn früh mit den Ideen der Sozialdemokratie in Berührung brachte. Über seine Ausbildung zum Maschinenschlosser wurde er Mitglied im *Deutschen Metallarbeiter Verband*, der, bis zur Zerschlagung 1933, damals größten deutschen Einzelgewerkschaft. Durch Fleiß und Weiterbildung war er seit 1912 hauptamtlicher Parteisekretär und 1917 zum Vorsitzenden der *Vorwärts*-Pressekommission gewählt worden – ein Amt, das vor ihm auch Otto Wels innehatte. In den Jahren des Ersten Weltkrieges diente Otto Frank mit über vierzig Jahren von 1915 bis 1917 als Soldat.

Das Ende des Krieges bedeutete für Frank eine Zäsur in seinem Leben. Nunmehr begann seine politische Karriere. Er war während der Revolutionsjahre 1918 und 1919 zunächst Mitglied im Berliner Vollzugsrat für den Bereich kommunale Angelegenheiten - als einer von sechs Vertretern der SPD in diesem Gremium. Dessen Aufgabe war es zu diesem Zeitpunkt, die Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte zwar nicht mehr reichsweit, jedoch in Groß-Berlin auszuführen. Diese Gremien galten anfangs noch als Zentrum der Novemberrevolution in Berlin und waren maßgeblich von Franks Kollegen aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, beispielsweise durch Richard Müller von der USPD und anderen revolutionären Obleuten, besetzt worden.

Mit dem Ende der Rätebewegung und dem Beginn der Weimarer Koalition blieb Frank weiterhin politisch engagiert. In den ersten allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen in Preußen wurde er als Abgeordneter in die preußische Landesversammlung gewählt, die eine demokratische Verfassung für den Freistaat Preußen konzipieren und beschließen sollte.

Nach der Berliner Bezirksreform von 1920

wählte die Bezirksversammlung Wedding Otto Frank am 21. Februar 1921 zu ihrem besoldeten Bezirksstadtrat. Seine volle Amtszeit von zwölf Jahren durfte Frank allerdings nicht mehr regulär beenden. Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung im Januar 1933 fiel auch die Bastion des „Roten Weddings“ endgültig. SA-Männer besetzten am 14. März 1933 das Bezirksrathaus und hissten die Hakenkreuzfahne. Otto Frank, der durchaus von robuster Statur war, wurde dabei vom braunen Mob verletzt und musste zusammen mit dem SPD-Bürgermeister Carl Leid sowie den anderen Stadträten aus dem Rathaus fliehen. Im Falle seines Genossen Carl Leid ist es verbürgt, dass dessen Ruhestandsbezüge aufgrund des „vorzeitigen“ Endes seiner Amtszeit gekürzt wurden.

Mit dem endgültigen Verbot der SPD am 22. Juni 1933 war eine weitere Parteiarbeit zu einem waghalsigen Unterfangen geworden. Die Instanzen des Willkürstaates übten Druck auf die noch aktiven Parteimitglieder aus, um diese einzuschüchtern und von weiteren Aktionen abzuhalten. Denn die NS-Herrschaft war noch nicht endgültig gesichert. In mehreren Verhaftungswellen war fast die gesamte Berliner SPD-Leitung in „Schutzhaft“ genommen und das Partei- und *Vorwärts*-Verlagshaus in Kreuzberg verwüstet worden.



Ungeachtet aller Gefahren bildete Otto Frank mit anderen ehemaligen Parteisekretären um Alfred Markwitz, Karl Schwarz und Richard Schmidt eine illegale Parteileitung und unterhielt intensive Kontakte mit exilierten Genossen im Ausland. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen fielen sie schon bald den Häschern der Gestapo in die Hände. Es folgte eine mehrmonatige Untersuchungshaft mit „Befragungen“ in der Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße und im berüchtigten Tempelhofer Gefängnis Columbia-Haus. Während dieser Zeit wurde Otto Frank mehrfach geschlagen und schwer verletzt, weil er ein vorbereitetes Geständnis nicht unterschrieb, wie es seine Witwe später offiziell zu Protokoll gab. Ebenso erlitt Franks Mithäftling Karl Schwarz bei den Verhören einen Kieferbruch und Verletzungen am Nierenbecken. Der als humorvoll beschriebene Richard Schmidt kehrte nach Aussagen von Freunden als alter Mann aus der Haft zurück.

Der Prozess begann rund sechs Monate nach ihrer Verhaftung am 17. Februar 1934. Die Beschuldigten wiesen von Beginn an lautstark auf die brutalen Verhörmethoden und erzwungenen Geständnisse hin. Dank der

Anwälte, unter denen sich auch der spätere Doyen der deutschen Politikwissenschaft Ernst Fraenkel befand und der Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt die Gerichte noch nicht gleichgeschaltet waren, sprach der Vorsitzende Richter die Männer aus Mangel an Beweisen frei.

Für Otto Frank bedeuteten die erneuten körperlichen und seelischen Verletzungen eine weitere Beeinträchtigung seines schon angeschlagenen Gesundheitszustandes. Davon sollte er sich nicht mehr erholen. Zwei Jahre später, am 20. Juni 1936, erlag Otto Frank seinen Verletzungen, die er im Kampf um Freiheit, Solidarität und Demokratie erlitten hatte. Wie Otto Frank sind viele Genossinnen und Genossen während der nationalsozialistischen Diktatur für ihre politischen Überzeugungen gestorben. Auch ihrem Mut und ihren Taten gilt es, trotz aller aktuellen parteipolitischen Diskussionen, Respekt zu zollen. Einen Niedergang der SPD in Kauf zu nehmen, bedeutet auch, ihre Lebensleistung herabzusetzen. Bevor man wieder die Fahne an sich reißt und allzu weit voranschreitet, sollte man sich daher bewusst sein, wen und was man alles hinter sich lässt.

Impressum

Die „Propagandistin“ ist die Mitgliederzeitung der 16. Abt. „Grünes Dreieck“ – SPD Berlin Mitte

Verantwortlicher Redakteur: Andreas Wiedermann

Redaktion & AutorInnen: Julian Wittmann, Martina Matischok-Yesilcimen, Udo Sack, Hanno Winter, Uwe Ostendorff, Sebastian Trommsdorff, Matthias Hübner, Andreas Wiedermann, Christina Ujma, Matthias Speidel, Jutta Leder, Julian Zado, Ariane Giesler, Christopher Vetter, Heribert Grünwald, Michaela Nolte

V.i.s.d.P.: Udo Sack, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Layout & Druck: KSH Druckerei, Christopher Vetter, Andreas Werner, Matthias Hübner

Werbung & Sponsoring: U. Sack, S. Trommsdorff, M. Hübner, A. Wiedermann

KONTAKT: propagandistin@gruenes-dreieck.de

wie immer für Anregungen, Kritik oder natürlich Artikel für die nächste Ausgabe im Januar

Du hast Dir
eine

„auszeit“
café · restaurant · bar

verdient.

Kiautschoustraße 12a · 13353 Berlin
Fon 030 - 70 71 10 00 · www.auszeitberlin.de

COUPON



*Beim vorlegen dieses Coupons bekommst Du einen
Kaffee mit Kuchen zum halben Preis!*



Französisch, italienisch, deutsch, spanisch ... wat`n nu?

Martino kocht einfach!

Vom 13.11.09 bis zum 18.12.09 immer **Freitags** und **am Samstag** den 26.12.09
bieten wir Ihnen ein wechselndes Buffet.

Preis 23€ oder inkl. Getränke 38€ pro Person.

Nur mit Reservierung bis zum jeweiligen Dienstag vor dem Terminwunsch.

Das Buffet wird um 19:30 eröffnet.

Wir bitten Sie um eine rechtzeitige Reservierung, da die Anzahl der Plätze beschränkt ist
und wir ausserdem unbedingt nur mit frischen Produkten kochen wollen.

Ein Vorgeschmack? unter www.l-escargot.net

Übrigens

Ab dem 02.11.09 After work im L' Escargot. Wir öffnen montags bis freitags um 16 Uhr,
und bis 18:30 Uhr halten wir für Sie ein kleines passendes, preiswertes Angebot an Snacks und
Gerichten bereit.



**Bar
Restaurant
L' Escargot**

Brüsseler Str. 39 - 13353 Berlin

Tel.: 030 - 435 15 63 - info@l-escargot.net